Mordanschlag auf streikenden OPEL-Arbeiter! Seite 5 C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 21 vom 23. Oktober 1972 6. Jahrgang 50 Pfennig

NIEDER MIT DEN AUSLÄNDER-GESETZEN!

ROTER MORGEN BESCHLAGNAHMT

Verfahren gegen Genossen Ernst Aust wegen Verfassungsverrat und Zersetzung der Bundeswehr

Abschrift des Fernschreibens an die Hamburger Behörde

Vom hiesigen Amtsgericht wurde unter dem Aktenzeichen 2 GS 145/72 nachfolgender Beschluß verfügt:

– BESCHLUSS –

2 GS 145/72
In dem Ermittlungsverfahren gegen
Ernst Aust, 2 Hamburg, Carl-Bremer-Ring 19

Wegen Verdacht der Zersetzung wird die Beschlagnahme der bei dem Beschuldigten Aust sowie bei den noch nicht bekannten Verteilern in Plön und den von diesen benutzten Kraftfahrzeugen und schließlich bei den Wehrpflichtigen und anderen Soldaten des Pionierbataillons 6 in Plon vorhandenen Flugblätter der KPD/ML, beginnend mit den Worten: "Im

15000 in Dortmund

Etwa 15 000 deutsche und ausländische Arbeiter, Bauern, Hausfrauen, Studenten und Schüler folgten dem Aufruf der KPD/ML, ihrer spanischen und italienischen Bruderparteien (PCE/ML und PCd'I/ML) und vieler anderer fortschrittlicher Organisationen zur zentralen Demonstration gegen die Ausländergesetze in Dortmund. Sie kamen aus allen Teilen Westdeutschlands und aus Westberlin und protestierten in einer machtvollen Demonstration gegen die reaktionären Ausländergesetzgebung und die jüngsten Bonner Terrormaßnahmen gegenüber arabischen Patrioten.

In Dortmund gibt es nach der letzten Statistik 1972 rund 27 000 Ausländer. An der Spitze stehen Türken, 1972 fast dreimal soviel wie noch vor drei Jahren. Der türkische Faschismus, Großgrundbesitzer und Wucherer haben unsere türkischen Kollegen aus der Heimat vertrieben. Genau wie es unseren spanischen und griechischen Kollegen in Dortmund gegangen ist.

Am 8. Oktober wälzt sich ein ungeheurer Demonstrationszug von 15.000 Mann durch die Straßen Dortmunds. Ein Wald von roten Fahnen und Transparenten; Sprechchöre schallen durch die Dortmunder Arbeiterviertel; 3 Stunden lang ertönen immer wieder die Lieder der revolutionären Arbeiterbewegung. Die Menschen, darunter viele ausländische Kollegen, waren auf der Straße. Fenster wurden geöffnet. Erst Verwunderung: So eine Demonstration hat Dortmund seit fast 20 Jahren nicht mehr erlebt! Dann erstes Winken, viele kommen die Treppen herunter, um ein Flugblatt zu holen. Dann werden Fäuste gehoben. Tausende Fäuste erheben sich zum Gegengruß: Der Zug schwillt an.

Die zentrale Kampfdemonstration gegen die reaktionären Ausländergesetze war ein Erlebnis, ein Erfolg, ein gewaltiger Auftakt für den weiteren entschlossenen Kampf der gemeinsamen Front von deutschen und ausländischen Arbeitern.

Fortsetzung auf Seite 6

Ernstfall: Dreht die Gewehre um'' und endend mit ''Hinein in die ROTE GARDE und den KSB/ML'' (Impressum ist hierbei nicht berücksichtigt worden) angeordnet, weil die genannten Schriften als Beweismittel für die Untersuchung gegen die Beschuldigten und andere von Bedeutung sein können und auch der Einziehung nach Paragraph 41 StGB unterliegen (Paragraph 94 StPO, Paragraph 13 Landespressegesetz).

Darüberhinaus wird die Durchsuchung
a) der Wohnung des Beschuldigten Aust in Hamburg, Carl-Bremer-Ring 19,
b) der Verteilerpersonen und evtl. von diesen benutzten Fahrzeugen in Plön gemäß Paragraph 102 StPO angeordnet, weil zu vermuten ist, daß die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln, hier Schriften der genannten Art, führen werden.

Der Beschuldigte ist verdächtigt, auf Angehörige der Bundeswehr planmäßig einzuwirken, um deren pflichtmäßige Bereitschaft zum Schutze der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder der verfassungsmäßigen Ordnung zu untergraben, und sich dadurch absichtlich für Bestrebungen gegen den Bestand oder die Sicherheit der BRD oder Verfassungsgrundsätze einzusetzen (Paragraph 89 StGB), indem er an die heute zum Wehrdienst einberufenen Soldaten des Pionier-Bataillons 6 in Plön Flugblätter oben genannter Art verteilen ließ, in welchen er selbst als der für den Inhalt Verantwortliche bezeichnet ist.

Plön, den 2. Oktober 1972
Das Amtsgericht
gez. Dr. Behnke
Amtsgerichtsrat

Der Beschluß erstreckt sich auf die Flugschrift "Im Ernstfall: Dreht die Gewehre um" und die Zeitschriften "ROTER MORGEN" Nr. 8 vom 10.4.1972, Nr. 15 vom 31.7.1972, Nr. 18 vom 11.9.1972 sowie die Sonderausgabe Mai 1972

Um Durchsuchung der Wohnung des Beschuldigten Ernst Aust, 2 Hamburg, Carl-Bremer-Ring 19, wird gebeten.



ROTER MORGEN beschlagnahmt

Fortsetzung von Seite 1

Das Flugblatt: 'Im Ernstfall: Dreht die Gewehre um!' wurde an Rekruten verteilt, die Anfang Oktober in die Bundeswehr einrücken mußten. Darin wurde aufgezeigt, wem diese Bundeswehr einzig dient: den Imperialisten, und gegen wen sie gerichtet ist: gegen fremde Völker wie gegen das eigene Volk.
Diejenigen, die heute wieder Kommunisten für Jahre hinter Kerkermauern stecken wollen, sind die gleichen, die bereits 1918 Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermorden ließen, weil sie der deutschen Jugend zuriefen: Krieg dem imperialistischen Krieg. Laßt euch nicht für die Profite der Reichen hinschlachten! Dreht die Gewehre um!

Die Arbeiter und Bauern waren diesem Aufruf in der Novemberrevolution gefolgt. Sie drehten die Gewehre um, und begannen mit Ausbeutern und Kriegstreibern abzurechnen, die sie 4 lange Jahre im Schützengraben bluten ließen. Aber die Gewehre wurden nicht von allen und nicht entschlossen genug umgedreht. Die deutsche Novemberrevolution scheiterte. Die Kriegsgewinnler und ihre Staatsmänner und Generäle festigten ihre Herrschaft auf einem Meer von Arbeiterblut.

Und schon bald wurde zu einem neuen Raubzug aufgerufen. Und wieder waren es Kommunisten, die als erste riefen: Krieg dem imperialistischen Krieg. Zerschlagt dieses System des Hungers, der Entrechtung und des Massenmordes. Dreht die Gewehre um!
Der unvergessliche Führer der

"Arbeiter! Schon einmal hat deine Frau im Rüstungsbetrieb geschuftet und dein Sohn mußte fallen, damit die Aktien der Herren Krupp und Thyssen steigen. Was hat sich am Wesen des Imperialismus denn in den 30 Jahren geändert? Kämpfe mit uns am 1.Mai gegen die Aggressionsvorbereitungen des westdeutschen Imperialismus!'

Das schrieben wir auf einem Flugblatt des Roten Morgen am 1.Mai. Ernst Aust, der Vorsitzende unserer Partei, zeichnet dafür verantwortlich im Sinne des bürgerlichen Gesetzes. Genosse Ernst Aust soll dafür hinter Gitter.

Die Anschläge der Klassenjustiz gegen deutsche und ausländische Revolutionäre, gegen die marxistisch-leninistische Bewegung, vor allem gegen die KPD/ML, haben einen neuen Höhepunkt erreicht: Hausdurchsuchung beim 1. Vorsitzenden der KPD/ML, Genossen Ernst Aust, Jagd nach Flugblättern und ROTEN MORGEN in den Kasernen, Beschlagnahme von 4 Nummern des ROTEN MORGEN und ein Ermittlungsverfahren wegen Paragraph 89 StGB (Zersetzung der Bundeswehr und Verfassungsverrat, Höchststrafe lebenslänglich!). Da kann sich keiner mehr Illusionen über die Verbotsvorbereitungen durch die Bonner Monopolherren machen. Wer heute davon spricht, der westdeutsche Imperialismus sei so stabil, daß er Faschisierungsmaßnahmen nicht nötig habe, wer die Terrormaßnahmen des Monopolkapitals verniedlicht, wer die Illegalisierungsbestrebungen abstreitet und stattdessen davon faselt, die KPD/ML und andere revolutionäre Organisationen 'fieberten der Illegalität entgegen' und hätten einen 'Illegalitätsfimmel' wie es die Häuptlinge der Intellektuellengruppe 'KPD'(AO)

Bereits 1965 wurde Genosse Ernst Aust wegen Hochverrat angeklagt. Damals war er noch Mitglied der illegalen KPD. Da er als aufrechter Kommunist anerkannt war, gab es eine große Solidaritätsbewegung in der Arbeiterschaft Hamburgs. Tausende Arbeiter, aus dem Hafen, aus den Fabriken, von den Verkehrsbetrieben marschierten durch die Hamburger Straßen.

Die Klassenjustiz war gezwungen, die verhängte Gefängnisstrafe auf Bewährung auszusetzen.

Und heute? Heute wird ein Prozess gegen Genossen Ernst Aust, ein Prozess gegen die KPD/ML, ein Prozess gegen alle marxistisch-leninistischen Kräfte und Organisationen, auf noch breiteren Widerstand treffen.

Wir rufen alle Genossen und Leser des ROTEN MORGEN zur Solidarität mit der KPD/ML und ihrem 1. Vorsitzenden, Genossen Ernst Aust auf. Wir werden den Kampf aufnehmen und nicht um Gnade winseln. Wir fordern alle fortschrittlichen Organisationen auf, sich in diesen Kampf einzureihen.
Auge um Auge, Zahn um Zahn:

NIEDER MIT DEM JUSTIZTERROR! FREIHEIT FÜR ERNST AUST!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

SCHLUSS MIT DER VERFOLGUNG UND KRIMINALISIERUNG KOMMUNISTISCHER UND ANDERER FORTSCHRITTLICHER ORGANISATIONEN!

Ausländerverfolgung mit Gestapomethoden

Frühmorgens holen bewaffnete Polizisten des SPD-Senators Ruhnau in Hamburg die schwerkranke Studentin Hellen Aba Hadid (sie stammt aus Jerusalem) aus dem Bett. Sie wird, wie es heißt, „auf eigenen Wunsch" über Tel Aviv nach Jerusalem abgeschoben. Direkt in die Hände der israelischen Geheimdienste.
In Mainz wird der an einer Nervenentzündung erkrankte Mohammed Rescheida in Handschellen aus dem Studentenwohnheim abgeführt.
In Karlsruhe genügt der Hinweis, der Jordanier Raghib Awajis würde „Extremisten moralisch unterstützen". Awajis wird abgeschoben und muß seine hochschwangere Frau zurücklassen.
In Frankfurt zerren die Genscher-Knechte eine hochschwangere Frau zum Flughafen. Nur weil der Flughafenarzt sich entschlossen weigert, die Frau fliegen zu lassen, kann die sofortige Auslieferung verhindert werden. Wie viele Ausländer bei diesen Nacht- und Nebelaktionen von den Staatsbütteln bereits abgeschoben wurden, wie viele abgewiesen oder verhaftet wurden, weiß niemand. „Die Zahl wird aus Sicherheitsgründen geheimgehalten" (Bayerisches Innenministerium).

danier und ein Grieche arbeiten. Da zieht der Zivile seine Kripo-Marke raus, und 12 weitere Zivilbullen, bewaffnet mit Colts, 3 MP's und 3 Eierhandgranaten, die einer am Gürtel trägt, stürzen aus den Büschen und springen in den Graben: „Hände hoch". Die Ausländer müssen sich mit erhobenen Händen an die Wand stellen und werden von je drei Mann festgehalten und durchsucht. Der Grieche hat 300 DM in der Tasche. 'Wo hast du das Geld her?' — Er bekommt es abgenommen. Ein etwa 40jähriger Jordanier, Vater von 7 Kindern, hatte sich morgens an einem Tonrohr eine Schramme geholt und trug einen Verband am Bein. 'Aha, verletzt bist du auch noch!' und er bekommt sofort Handschellen an-

deutschen Arbeiterklasse, Ernst Thälmann, wurde von den Handlangern der Krupp und Thyssen in den Kerker geworfen und ermordet.

Soll sich nun das gleiche Spiel wiederholen? Nein! Jetzt ist genug.

machen, will die reaktionären Maßnahmen des westdeutschen Imperialismus verschleiern und die Arbeiterklasse in die Irre führen. Aber die Arbeiterklasse wird sich von solchen Betrügern nicht in die Irre führen lassen!

NUR DER GRIFF DER MASSEN ZUM GEWEHR SCHAFFT DEN SOZIALISMUS HER!

In den beschlagnahmten Nummern unseres Zentralorgans ROTER MORGEN wird der Klassencharakter der Bundeswehr klar aufgedeckt, wird der Kapitalistenklasse der konsequente **Kampf für ihren Sturz** angesagt. Die Arbeiter und Werktätigen sind aufgerufen, ihre Waffen umzudrehen und sie kompromiß- und bedingungslos gegen die Kapitalistenklasse anzuwenden! So etwas hört natürlich das Ausbeuterpack nicht gerne, dabei wird ihm Angst und Bange. Wenn die Herrenklasse meint, sie könnte uns durch Polizeiüberfälle und dergleichen von unserem Weg abbringen, so sagen wir ihnen klar:

"Das Rad der Geschichte könnt ihr nicht aufhalten und auch nicht zurückdrehen, ein erneutes 1933 wird euch auf keinen Fall gelingen. Euer Untergang ist absolut gewiß."

DER IMPERIALISMUS WACKELT SCHON – HAUPTTENDENZ IST REVOLUTION!

Im ROTEN MORGEN Nr. 19 heißt es:

"Genossen! Unsere Partei hat nie daran gezweifelt, daß die Zeit der Legalität der KPD/ML eine kurze Zeit sein wird. Noch sind keine vier Jahre seit der Gründung der Partei vergangen, und schon müssen wir uns darauf gefaßt machen, morgen bereits ohne die Möglichkeiten der Legalität zu arbeiten. Die KPD/ML, die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, soll demnächst verboten werden."

Wir Bolschewisten wissen, daß die Revolution kein Deckchensticken ist. Wir kennen die Gefahr des Kapitulantentums, die schnurstracks den Weg zum Revisionismus, zum Verrat an der kommunistischen Idee führt. Wir haben aus der Geschichte der KPD gelernt. Die KPD/ML wird keinen Zollbreit von ihrer revolutionären Linie abweichen, um sich so die 'Legalität zu erkaufen'. Dem Kapitulantentum und dem Revisionismus wird ein noch entschiedener Kampf angesagt.

WENN DER FEIND UNS BEKÄMPFT, SO IST DAS GUT UND NICHT SCHLECHT!

TROTZ KPD-VERBOT - DEUTSCHLAND WIRD ROT!

DER KOMMUNISMUS LÄSST SICH NICHT VERBIETEN!

VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!



Ausweisung, Abschiebung, Auslieferung von Ausländern – Progrom in der BRD 1972

Bonn fürchtet sich, daß dieses neue Pogrom des westdeutschen Imperialismus aufgedeckt wird. Schon hat sich in unseren Nachbarländern die Unruhe über die Vorgänge gesteigert. In England — wo man den Meuchelmord an McLeod vor kurzem nicht vergessen hat. In Holland — wo man nicht vergessen hat, wie ein Touristenpaar den Mordkommandos der ‚Baader-Meinhof-Jäger' als Zielscheibe diente. Vor allem in den arabischen Ländern herrscht eine ungeheure Empörung über „die Nazihetzer in Bonn, die zusammen mit den Zionisten als ihre geschichtlichen Verbündeten und dem amerikanischen Imperialismus ihren Haß auf die Araber und ihre Unterdrückung weiterschüren" (Bagdader Zeitung ‚Thaura').

Aber auch in Deutschland schwillt eine Bewegung gegen die Ausländerverfolgung, gegen den Kurs der Bourgeoisie auf ein neues „4. Reich". Vor allem die westdeutsche Arbeiterklasse tritt zunehmend dieser Entwicklung entgegen. Dafür war ein Beispiel die Solidarität zwischen deutschen und spanischen Kollegen bei Opel-Bochum (s. ROTER MORGEN Nr. 20).

Das zeigte die Massendemonstration von über 15 000 in Dortmund und die großen Sympathien in der Bevölkerung für den Kampf gegen die Ausländerverfolgung.

Immer deutlicher wird, daß die Gestapo-Methoden gegen Ausländer sich auch gegen die westdeutsche Arbeiterklasse richten. Mit dem Verbot der GUPA, einer gewerkschaftlichen Organisation der palästinensischen Arbeiter, bereitet die Bourgeoisie das Verbot der deutschen Arbeiterorganisationen, vor allem der Kommunistischen Partei, vor.

"Eins in die Fresse"

Genossen der Gruppe „Rote Fahne", Bochum, berichten aus Witten: „Montag, 18. 9., 13 Uhr, Parkweg in Witten.

Die Baufirma Hoffmann und Köhl heben einen Sickerschacht aus, als ein Ziviler kommt und sagt, er käme von der Stadt und ob hier Ausländer arbeiten. Ein Kollege antwortet ihm, daß hier drei Jor-

gelegt. Ein 19jähriger Palästinenser erleidet einen Schock und bricht in Tränen aus. Die vier werden abgeführt, die anderen dürfen die Hände wieder runternehmen. Sie werden zu PKW gebracht mit Bochumer, Herner und Wuppertaler Nummern."

"Die Reaktion der Bauarbeiter auf den dreisten Überfall: „Nazischweine — genauso wie im Dritten Reich" — „Das wird jeden Tag schlimmer" — „Die hätten was in die Fresse kriegen müssen!".

KAMPF DEM TERROR DER GEnscher-STAats-POlizei!

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!



Zentralorgan der

KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS MARXISTEN-LENINISTEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Redaktion:
43 Essen 1, Postlagerkarte A 009660

Bestellungen an Vertrieb:
87 Würzburg, Postfach 612

Postscheckkonto:
Hamburg, Nr. 26 27 67

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg; Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise: vierzehntägig montags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement Inland DM 11.-- für ein Jahr (26 Ausgaben) einschließlich Porto, Ausland DM 11.-- für ein Jahr (26 Ausgaben) zuzüglich Porto. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Postscheckkonto zu zahlen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

MORDANSCHLAG auf streikenden OPEL-Arbeiter!

Faschistischer Agent der OPEL - Kapitalisten verübt Mordanschlag auf streikenden Kollegen

'weine nicht, Maria - es war ein Verräter!'

Am 14.10. um halb sechs, vor Tor drei bei Opel, ist der spanische Arbeiter Juan Luque niedergestochen worden. Er ist das Opfer eines der Handlanger der Opel-Bosse, eines faschistischen Agent-Provokateurs. Für ihren Profit ist den Opel-Bossen jedes Verbrechen recht.

Juan Luque sollte brutal umgelegt werden, weil er den Willkürmaßnahmen der Opel-Bosse im Wege stand. Was interessiert denn diese Herrn im Opel-Aufsichtsrat, in der Geschäftsführung schon ein Menschenleben. Sie haben ihn niedergestochen, für ihre Profite liegt der Vater von fünf Kindern lebensgefährlich verletzt im Krankenhaus. Doch sein Kampfeswille ist ungebrochen. Als seine Frau ihn besuchte, und zu weinen begann, tröstete der zwischen Leben und Tod schwebende Mann seine Frau:

'Weine nicht, Maria - es war ein Verräter!'

Warum ist Juan Luque niedergestochen worden?

Der spanische Arbeiter Juan Luque stand den Opel-Kapitalisten im Wege. Er war in den Streik getreten, mit hunderten seiner spanischen Kollegen hat er gekämpft gegen die Entlassung des Kollegen Andreas Lara, gegen seine drohende Auslieferung an die Henkersknechte der Yankee-Francisten. Was sich jetzt in offenem Mordterror zeigt, sollte mit dem Kollegen Lara auf kaltem Wege passieren. Die Kapitalisten sind sich doch einig, wenn es um die Unterdrückung der Arbeiterklasse geht. Wer glaubt denn, daß der Kollege Lara noch irgendwo Arbeit findet.

KAMPF GEGEN DIE AUSLIEFERUNG VON ANDREAS LARA AN DIE FRANCO-HENKER!

Er steht auf der schwarzen Liste. Und keine Arbeit, das heißt Abschiebung, Abschiebung ins faschistische Spanien. Und was dort mit Klassenkämpfern gemacht wird, das wissen wir Deutschen aus den Erfahrungen der Hitlerdiktatur. Und ein Klassenkämpfer, das ist der Kollege Lara. Er stand immer in vorderster Front, wenn es um die Interessen der Kollegen ging. Als gewählter Ersatzbetriebsrat war er einer der bekanntesten und beliebtesten Kollegen im Werk. Er hat sich konsequent für die Forderungen der Kollegen eingesetzt.

GLEICHE RECHTE FÜR SPANISCHE UND DEUTSCHE KOLLEGEN!

MENSCHENWÜRDIGE VERHÄLTNISSE IN DEN SPANIERWOHNHEIMEN!

STREIK ist die Parole

Vorwärts, unbegrenzter Streik, dieser Ruf geht durch die Hallen. Die Opel-Kapitalisten haben ins Wespennest geschlagen. All ihr Terror hat den Kollegen Lara bis jetzt nicht am Sprechen hindern können. Ob sie nun wegen ihm die Betriebsversammlung abgebrochen haben, oder ob sie ihn vor die Werkstore verbannten. Kollege Lara sprach und die Arbeiter wußten, daß das ihre Worte sind. Heute steht Kollege Lara wieder vor den Werkstoren und um ihn die Streikenden. Es brodelt im Werk, schon werden fünfzig Wagen am Tag weniger gefahren. Der Unmut wächst. Es dauert nicht mehr lange, und die Bänder stehen still.

KOLLEGE LARA WIRD SOFORT WIEDER EINGESTELLT!

50 PFENNIG MEHR FÜR ALLE!

VERJAGT DIE OPEL-MORDSPITZEL!

RICHTET SEINE AUFTRAGGEBER!

SOLIDARISIERT EUCH MIT DEM KAMPF BEI OPEL BOCHUM!

Kollegen und Genossen!

Damit die spanischen Kollegen ihren Streik fortsetzen können, muß die OSO etwa 10.000 Mark durch Spenden zusammenbekommen. Viele der Spanier arbeiten erst ein paar Wochen hier und haben noch keinen Lohn bekommen. Ohne nach der Sicherheit ihrer eigenen Existenz zu fragen, haben sie sich mutig für ihren Kollegen Lara und die Interessen der deutschen und spanischen Arbeiter eingesetzt.

Die OSO bittet besonders die gewerkschaftsoppositionellen Gruppen um Unterstützung.

Laßt die Spanier nicht allein, beweist ihnen praktisch eure Solidarität!

Spendet auf das Konto des Solidaritätskomitees:

Wagner, Dorotheenstraße
Sparkasse Essen-Rüttenscheid
Konto-Nummer 58 92 666
Stichwort "Deutsch-spanische Streikhilfe"

Solidaritätsadresse

Und dieser Frau steht unglaubliches Elend bevor. Sie muß jetzt arbeiten gehen trotz ihrer 5 Kinder, um die Familie zu erhalten. Und diese Frau wollten die Bullen gegen den Kampf ihres Mannes, gegen seine Kollegen aufstacheln. Im Auftrag der Werksleitung geschickte Polizisten logen der Frau vor, ihr Mann sei als Streikbrecher von Streikposten niedergestochen worden.

GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT!

50 PFENNIG MEHR FÜR ALLE!

Darum, und weil die Kollegen hinter ihm standen, haben die Opel-Bosse es mit der Angst zu tun bekommen. Darum haben sie den Kollegen Lara rausgeschmissen, darum soll er ausgeliefert werden. Aber so einfach geht das nicht. An der Seite des Kollegen Lara stehen die spanischen Arbeiter, steht die revolutionäre spanische Gewerkschaftsopposition, die OSO, stehen seine deutschen Klassenbrüder.

...ndbotschaft/Grußadresse

AN DIE STREIKENDEN SPANISCHEN KOLLEGEN BEI

OPEL Bochum

Wir deutschen gewerkschaftsoppositionellen Arbeiter bei Opel Rüsselsheim unterstützen voll Euren Kampf gegen die heimtückische Entlassung des Kollegen Andres Lara. Kollege Lara hat sich konsequent für die Interessen der spanischen und deutschen Kollegen eingesetzt. Gestützt auf Eure gewerkschaftsoppositionelle Organisation, die OSO, gebt ihr spanischen Kollegen uns ein hervorragendes Beispiel für unseren gemeinsamen Kampf. Ihr erteilt mit Eurem Streik den Opel-Bossen und den Arbeiterverrätern im Betriebsrat die gebührende Antwort!

Wir unterstützen Euren vorbildlichen Kampf und reihen uns ein in die Front gegen unsere gemeinsamen Feinde. Deshalb gehen wir morgen in Rüsselheim auf die Straße. Wir demonstrieren gegen die verschärfte Unterdrückung der ausländischen Kollegen, die heute in dem Mordanschlag auf den spanischen Arbeiter Juan Luque und den Verhaftungen vor den Werkstoren erneut in abscheulicher Weise sichtbar wurde.

Unsere wärmsten Grüße dem Schwerverletzten und den verhafteten Kämpfern!

EUER KAMPF IST UNSER KAMPF!

ES LEBE DIE EINHEIT DER ARBEITERKLASSE!

ES LEBE DIE OSO!

Gewerkschaftsoppositionelle Kollegen
von Opel Rüsselsheim

Opel Rüsselsheim, 14.10.72

* *

Metall-Tarifrunde zeigt

Jetzt die RGO organisieren!

Immer häufiger wird in den Gewerkschaftsgruppen und auf Belegschaftsversammlungen gegen den Verrat der Gewerkschaftsführung geschossen: die Bonzen werden ausgepfiffen und vom Podium runtergezerrt – mancher Kapitalistenknecht hat sich schon ein blaues Auge geholt.

Viele Gewerkschaftler fragen sich, was denn eigentlich mit ihren Beiträgen gemacht wird. Aus der "Aufwands- und Ertragsrechnung der IGM vom 11.1.68 bis 31.12.70" geht z.B. hervor:
Von den annähernd 500 Millionen Beitragsgeldern in dieser Zeit wurden bei Streiks und Aussperrungen gerade mal 0,035 % gezahlt (166 105 DM) – dagegen verprassten die Spitzenfunktionäre der IGM allein auf sogenannten Sitzungen und Konferenzen über 61 Millionen, 40 mal soviel, wie die Streikunterstützung!

Es ist klar, daß wir von der Gewerkschaftsführung auch in der kommenden Streikbewegung bei den Tarifverhandlungen nur eins erwarten können: Sie werden versuchen, abzuwiegeln, die Streiks abzuwürgen, um das Geschäft der Kapitalisten zu betreiben und unser Geld in die eigene Tasche wirtschaften zu können. Aber dieses Spielchen geht nicht auf – wir lassen uns nicht mit ein paar lumpigen Prozent abspeisen. Das hat schon die Aufstellung der Forderung in den ersten Betrieben gezeigt: z.B. 20 % in einem Hoesch-Betrieb, 15 % lineare Lohnerhöhung und 1250 Mark Mindestnettolohn im Monat bei Opel.

Was ist unsere Antwort auf den Verrat der Gewerkschaftsbonzen? Wie setzen wir unsere Forderungen in der Metall-Tarifbewegung durch?

Unser Weg heißt: In der Gewerkschaft eine starke Opposition gegen die Führung aufbauen. Wenn wir in der Gewerkschaftsopposition arbeiten, dann wissen wir, warum wir in der Gewerkschaft bleiben: um den Bonzen immer wieder die Maske vom Gesicht zu reißen und durch die klassenkämpferische Arbeit in der Gewerkschaftsopposition die Gewerkschaftler für die Opposition zu gewinnen. Um dieses Ziel zu erreichen: Gewinnung der Gewerkschaftsmassen, werden wir uns auch dafür einsetzen, untere Funktionen im Gewerkschaftsapparat zu übernehmen. Das ist jetzt unsere Aufgabe bei den Vertrauensleute-Wahlen!

Aber in den gewerkschaftsoppositionellen Gruppen organisieren sich nicht nur die klassenkämpferischen Gewerkschafter, sondern ebenso die fortschrittlichen Kollegen, die nicht in der Gewerkschaft sind oder ausgeschlossen wurden.

An vielen Betrieben arbeiten bereits oppositionelle Gewerkschaftsgruppen. Entstanden gegen die Listenmanipulation bei der Betriebsratswahl, gegen den Ausschlußterror der Gewerkschaftsführung, in der tagtäglichen harten Auseinandersetzung mit den Bonzen gibt es für diese Gruppen eine gemeinsame Stoßrichtung: Sich zusammenschließen zu einer schlagkräftigen Organisation, in unseren Kämpfen die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu schmieden. Dem durchorganisierten DGB-Apparat setzen wir unsere eigene Organisation entgegen. Dem Ziel der Gewerkschaftsführung: Erhaltung der Macht des Kapitals setzen wir in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition unser Ziel entgegen: den Sozialismus!

Die RGO ist eine von der Partei organisatorisch unabhängige Organisation. Sie entsteht aus der gewerkschaftsoppositionellen Bewegung. Das heißt nicht, Daß nicht jeder Genosse der KPD/ML, der in der RGO arbeitet, dort dafür kämpfen muß, die anderen Kollegen von diesem Ziel, der Errichtung des Sozialismus zu überzeugen. Die RGO ist eine Schule des Klassenkampfs, eine Schule des Sozialismus.

Mit dem Aufbau der RGO setzen wir der Zersplitterung der gewerkschaftsoppositionellen Bewegung ein Ende. Durch den organisierten Zusammenschluß der oppositionellen Gruppen in der Gewerkschaftsopposition schaffen wir uns das Kampfinstrument, mit dem wir jetzt einheitlich und geschlossen die Tarifkämpfe und Streiks in der Metall-Tarifrunde anführen können – gegen den Verrat der Gewerkschaftsführung. Nur in fester organisatorischer Verbindung miteinander werden wir in der Metall-Tarifbewegung zu einer starken gemeinsamen Streikbewegung kommen. So werden wir uns aus den Kampferfahrungen der anderen Betriebe ermutigen lassen und einheitliche Forderungen aufstellen und durchsetzen.

Gleichzeitig schaffen wir uns das Instrument, mit dem wir gegen den Ausschlußterror der Gewerkschaftsführung wirkungsvoll ankämpfen können. Gemeinsam werden wir die Bonzen unter Druck setzen, gemeinsam haben wir die organisatorischen Möglichkeiten, die Machenschaften der Bonzen vor der ganzen Belegschaft ans Tageslicht zu bringen.

Der Kampf, der in diesen Wochen von den gewerkschaftsoppositionellen Gruppen in einzelnen Betrieben gegen die Gewerkschaftsausschlüsse geführt wird, erhält in der Organisierung der überregionalen Gewerkschaftsopposition seine gemeinsame Stoßrichtung und kann noch wirkungsvoller geführt werden.

Jeder aufrechte Gewerkschaftler und unorganisierte klassenkämpferische Kollege ist aufgerufen:

ORGANISIERT EUCH IN DER GEWERKSCHAFTSOPPOSITION GEGEN DIE BONZEN!

VORWÄRTS IM AUFBAU DER RGO!

Westfalenhütte Dortmund: 20 %



2.10: Bei Hoesch-Westfalenhütte findet eine Teilbelegschaftsversammlung des Kaltwalzwerkes statt. Wollf von der Betriebsleitung deutete an, daß durch den Bau des neuen Kaltwalzwerkes und der damit verbundenen Rationalisierung die Arbeitsplätze nicht mehr gesichert seien.

Daraufhin wurde unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes" von Vertrauensleuten ein Antrag gestellt, nach dem die Versammlung die Kündigung des Tarifvertrages zum 30. Novemer, eine Lohn- und Gehaltserhöhung um 12 %, die tarifliche Einführung einer „Öffnungsklausel" und eine Höchstlaufzeit des Vertrages von 9 Monaten fordern sollte. Ein Vertrauensmann bezeichnete diese 12 % als Witz angesichts der Preissteigerungen und der angekündigten Steuererhöhungen. Er forderte unter dem brausenden Beifall aller Kollegen: mindestens 20 %. Ein anderer Kollege unterstützte die 20 % und erhob außerdem die Forderung nach sofortiger Kündigung des Tarifvertrages.

dern hängt einzig von der Kampfkraft der Belegschaft ab. Er verurteilte die Haltung der Gewerkschaftsfunktionäre, die mit 12 % in die Verhandlungen gehen. Und jeder kennt ihre Absicht: 8 % sollen rauskommen. Der Kollege erinnerte an die britischen Arbeiter, die durch Streik 30 % erkämpft hatten.

Diese Rede wurde durch breiten Beifall unterstützt.

Jetzt zog der Betriebsratsbonze alle Register seiner Demagogie, um die Forderung nach vorzeitiger Kündigung der Tarife abzuwürgen. Scheinheilig erklärte Wetzel, die Kündigung könne überhaupt nicht im November erfolgen. Im übrigen erinnere er sich nur an einen einzigen Fall, an dem ein Tarifvertrag vorzeitig gekündigt worden sei: Das war am 2. September 1969.

Die Antwort des Kollegen folgte sofort: Am 2. September 69 wurde der Vertrag nur aus einem Grund gekündigt — weil die Kollegen die Brocken hinschmissen und die Gewerkschaftsführung so gezwungen war, die Kündigung zu verlangen. Die Kollegen im Saal: Richtig!



In Sprechchören an die Adresse des Betriebsrats: "Nicht 25, 26, 27, 28, nicht 29 Pfennig, sondern 30 Pfennig, 30 Pfennig!"

Tisch zu reden. Auch „Kollege" Schrade von der IGM-Tarifkommission redete und redete: Über seine ‚Verdienste' in früheren Lohnkämpfen und über seine innerbetrieblichen Lohnregelungsvorschläge — die die armen Kapitalisten mit ‚hohen Kosten' belasteten. Darum sollten doch die Kollegen einige Prozente bei ihren Forderungen abstreichen.

Nun versuchten die Abwiegler die Abstimmung über die Anträge zu verhindern. Der Antrag auf sofortige Kündigung der Tarifverträge wurde nicht eingereicht, weil der Versammlungsleiter demagogisch behauptete, das ist „gar nicht möglich", und abgestimmt dürfe darler, als er diese Machenschaften des Versammlungsleiters nicht sofort entlarvte.

In schriftlicher Form kam nun ein Antrag, die 12 % in 20 % zu ändern. BR Wetzel sprang sofort ans Mikrophon und behauptete, das sei kein formal richtiger Antrag. Man könne darüber auch nicht abstimmen. Statt dessen sollte jetzt über 12 % abgestimmt werden. Aber: Keine eindeutige Zustimmung seitens der versammelten Kollegen zu 12 %! Daher wurden nun plötzlich doch die 20 %-Forderung zur Abstimmung gestellt — und: Die eindeutige Mehrheit der abstimmenden Kollegen war für 20 %!

Das war ein Sieg nicht nur für

wurde ein Signal gegeben. Macht's wie 1969! Damals schon marschierten die Hoesch-Arbeiter voran. Damals lehnte die Direktion die Forderung nach 20 Pfennig innerbetriebliche Zulage ab und wollte nur 15 Pfennig rausrücken. Die Antwort der Hoesch-Arbeiter? — 30 Pfennig. 30 Pfennig für alle und sofort, unabhängig von tariflichen Erhöhungen. Ab 2. September stand die Streikfront. Das war auch das Signal für die anderen Betriebe. Am zweiten Streiktag marschierten 10 000 Arbeiter im Blaumann durch die Innenstadt. Eine der größten Streikbewegungen der BRD war ausgelöst.

Der Sieg war gesichert. Am gleichen Tag noch muß die Direktion der 30-Pfennig-Forderung der Hoesch-Kollegen zustimmen. Und was noch wichtiger war: Die Kollegen hatten eine unbezahlbare Erfahrung gemacht: Daß der entschlossene, einheitliche Kampf gegen die Kapitalistenklasse auch nur im Kampf gegen deren bezahlte Abwiegler geführt werden kann!

Diese Erfahrung wurde jetzt auch auf der Hoesch-Betriebsversammlung gemacht. Nicht nur die IGM-Bonzen, auch die D"K"P war als Abwiegler aufgetreten.

Einerseits preschen sie großsprecherisch vor und rufen zum ‚offensiven Lohnkampf' auf, andererseits unterstützen sie bedingungslos die Forderungen der IGM-Führung nach einer prozentualen Lohnerhöhung von nur 12 %. So war der Kollege der D"K"P, der in der Versammlung 20 % gefordert hatte, nicht bereit, seinen Antrag gegen die Gewerkschaftsführung durchzusetzen. Dazu meinte ein Kollege

Er sagte: Das, was man erreichen kann, wird nicht in irgendwelchen Verhandlungen entschieden, son-

Jetzt versuchten Bonzen aus dem Betriebsrat und Gewerkschaftsfunktionäre die 20-%-Forderung vom

über sowieso nicht werden. Der Kollege, der für diesen Antrag gesprochen hatte, beging einen Feh-

die Hoesch-Arbeiter im Kaltwalzwerk, auch für alle Kollegen bei Hoesch und in der Metallbranche

stellvertretend für viele: „Erst die große Klappe auf, und dann nichts dahinter."



Streik bei AEG-KANIS, Essen gegen Teilstillegung

Nach den Plänen der AEG-Bosse sollen mehrere Abteilungen des Werkes KANIS in Essen stillgelegt werden. Die Arbeiter wurden über diese Pläne getäuscht, um sie ohne Widerstand plötzlich entlassen zu können. Als diese Pläne jetzt doch durchsickerten und auf der Betriebsversammlung am 9.10. die Arbeiter die Täuschungsmanöver der Geschäftsleitung durchschauten, warfen sie am nächsten Morgen geschlossen die Brocken hin und machten einen ersten 3-stündigen Warnstreik und eine Protestversammlung. Dabei entlarvten sie auch die Lügen der AEG-Bosse, die zur Tarnung ihrer Stillegungspläne immer noch Schilder aushängen auf denen ein sicherer Arbeitsplatz angeboten wird.



Bei AEG-KANIS in Essen: Protestversammlung gegen Entlassungen

Eine wichtige Entwicklung im Klassenkampf

Der Kampf der Massen gegen Ausbeutung und Unterdrückung nimmt die verschiedensten Formen an: Von verzweifelten individuellen Bombenanschlägen bis zu gewaltigen Streikkämpfen, von Protestresolutionen bis zu Hausbesetzungen. In der jüngsten Zeit zeigt sich dabei der rasche Fortschritt des Kampfes in der spontanen Organisierung der Massen: die Gewerkschaftsopposition gegen den Bonzenverrat formiert sich, antimilitaristische Komitees werden zum Sprecher der Soldaten gegen die Offiziersmeute in der Bundeswehr, Mieterräte organisieren den Kampf gegen laufende Mietpreissteigerungen und die Willkür der Wohnungsbaukonzerne. Die KPD/ML mißt dieser Entwicklung größte Bedeutung zu. Diese Organisierung der Massen im Kampf gegen die Ausbeuter und ihre Lakaien ist ein Zeichen der raschen Zuspitzung des Klassenkampfes, ein Zeichen der nahenden revolutionären Situation.

Denn was sind Gewerkschaftsopposition, Soldatenkomitees und Mieterräte? Diese Organisationen sind Organisationen der proletarischen Demokratie. Keime einer Organisationsform, die gegen die Schein-'Demokratie' des bürgerlichen Wahlzaubers, des Parlamentarismus geschaffen werden. Diese Organisationen sind erste Ansätze zu Sowjets; Räte, wie sie in der deutschen Revolution von 1918 bereits geschaffen wurden.

Lenin: '**Sowjet der Arbeiterdeputierten oder (bolschewistische Partei ? Mir scheint, man darf die Frage nicht so stellen, die Antwort muß unbedingt lauten: Sowohl Sowjet der Arbeiterdeputierten als auch Partei. Die Frage - eine äußerst wichtige Frage - besteht lediglich darin, wie diese Aufgabe des Sowjets und die Aufgaben der SDAPR (Bolschewiki) voneinander abzugrenzen und miteinander zu verbinden sind.**'

(aus: Unsere Aufgaben und der Sowjet der Arbeiterdeputierten)

Die KPD/ML unterstützt die Organisierung der breiten Massen in solchen ersten Formen der Räte. Die Kommunistische Partei allein ist nicht die einzige Organisation, mit der die Revolution geschafft werden kann. Die KPD/ML ist eine Vorhutorganisation, die immer nur einen kleinen Teil der Massen umfassen kann. Die Kommunisten werden in diesen Organisationen der proletarischen Demokratie, die breiteste Massen umfassen, immer nur eine Minderheit bilden.

Diese Minderheit muß dafür sorgen, daß in die Räteorganisationen der Geist des unversöhnlichen, revolutionären Klassenkampfes getragen wird. Denn: Die Feinde des Volkes, gekaufte Arbeiterverräter und bürgerliche Agenten, werden versuchen, die Führung in diesen Organisationen zu erringen, abzuwiegeln und zu spalten.

Auch in die Rätebewegung während der deutschen Novemberrevolution von 1918/19 drangen Leute ein, die die '**Klassenzusammenarbeit**' propagierten. Die Räte sollten dem Staat der Bourgeoisie dienen, mit ihr zusammenarbeiten, die Ebert und Noskes unterstützen, die ja angeblich den Sozialismus ohne Revolution verwirklichten.

Und es traten auch Anarcho-Syndikalisten auf, die sagten eine bolschewistische Partei sei nicht notwendig. Die Revolution sei nicht notwendig. Die Räte müßten nicht die Diktatur des Proletariats verwirklichen. Die Räte, so sagten sie, seien bereits der Sozialismus. Sie würden den bürgerlichen Staatsapparat unterwandern und zersetzen, aber zerschlagen und einen neuen Staat der Diktatur des Proletariats aufbauen brauchten sie nicht.

Auch dieser Demagogie der Anarcho-Syndikalisten war es zu verdanken, daß die Räte sich nicht entschlossen bewaffneten und so von der Reichswehr des bürgerlichen Staates auf Befehl des 'Sozialisten' Noske zusammengeschossen wurden.

Auch heute gibt es noch Anarcho-Syndikalisten, die falsche Ideen verbreiten. Auch sie versuchen in der Praxis wie die Revisionisten in der Rätebewegung abzuwiegeln und zu spalten.

Wir Kommunisten treten dem entgegen. Heute schon beginnen wir für eine konsequente prole-

Terror und Eroberung: der israelische Imperialismus

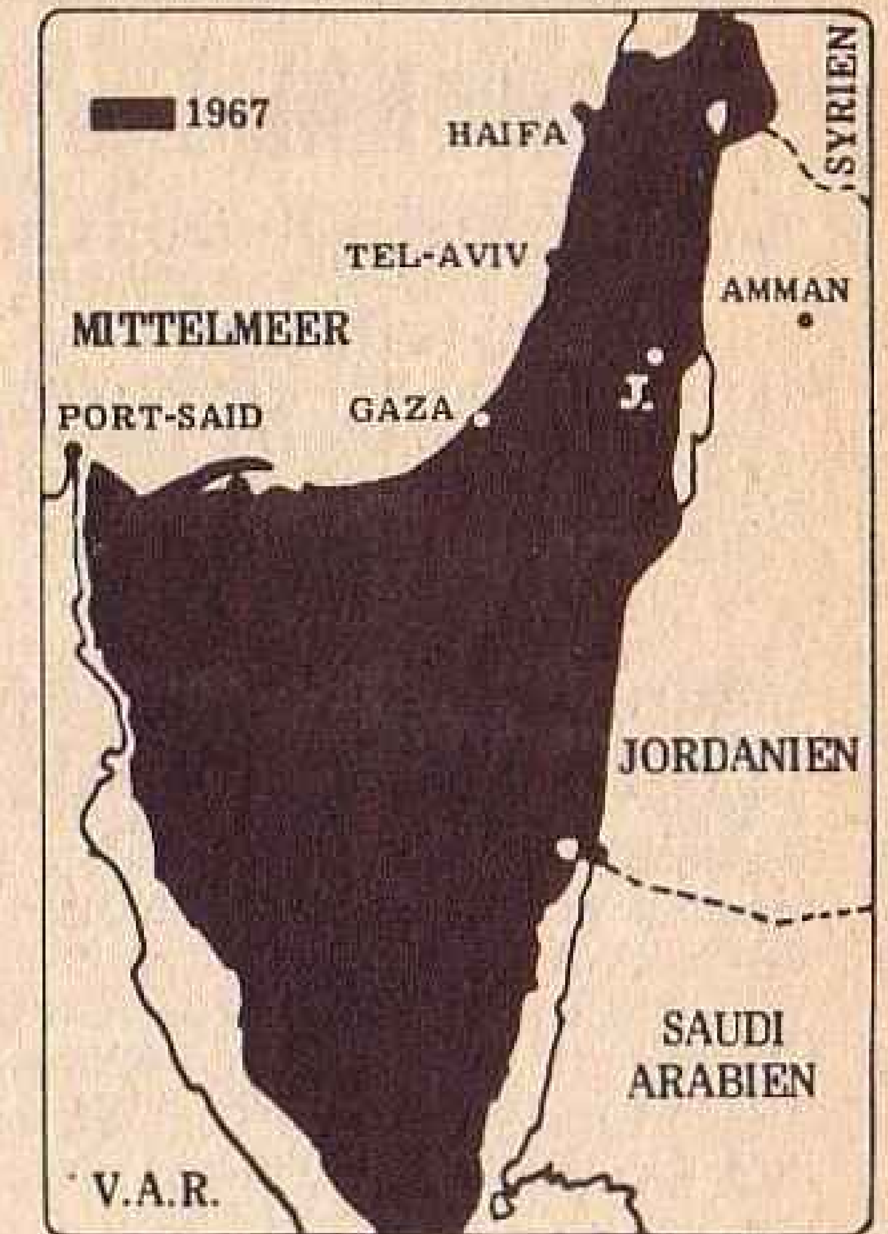
„Eretz Israel", das biblische Reich vom Nil bis Euphrat, das ist das Ziel der israelischen Aggressoren. So wird es Schulkindern und Soldaten Israels seit Jahren eingehämmert. Wie weit die israelische Eroberungspolitik bereits fortgeschritten ist, zeigen die abgebildeten Karten.

Bereits 1948 wurde der Staat Israel mit Hilfe britischer Bajonette weit über den von der UNO festgelegten Teilungsplan errichtet. 1956 folgte der nächste Kriegsfeldzug zur Eroberung des Gazastreifens. Jetzt waren es vor allem bereits Dollars und US-Waffen, die zur Vertreibung des palästinensischen Volkes beitrugen. Nur unter dem Druck des bewaffneten Widerstandes der Freiheitskämpfer und dem Druck der Weltöffentlichkeit konnten die Besatzer wieder vertrieben werden. Aber nicht lange.

1967 schließlich begann der größte israelische Kriegsfeldzug. Der Rest Palästinas, die Sinai-Halbinsel (mit reichen Erdölvorkommen) und die syrischen Golanhöhen wurden erobert und einverleibt.







Worte und Taten der Zionisten

Levi Eschkol, Ministerpräsident vor dem 67er Krieg: „Israel hat keine Eroberungsabsichten." (The Washington Post, 23. Mai 1967). Levi Eschkol nach dem Krieg: „Israel beabsichtigt den früheren jordanischen Teil Jerusalems und den Gazastreifen zu behalten." (Jerusalem Post, 10. Juli 1967). Moshe Dajan vor dem Krieg: „Wir haben nicht das Ziel, territoriale Eroberungen zu machen." (N.Y.-Times, 5. Juni 1967). Moshe Dayan nach dem Krieg: „Der Gazastreifen gehört Israel, und wir werden Schritte unternehmen, ihn zu einem Teil des Landes zu machen." (UPI-Meldung, 19. Juni 67).

Seitdem weiten die Zionisten ihre imperialistischen Ansprüche auf endgültige Einverleibung der geraubten arabischen Gebiete ständig aus. Mit allen Mitteln des faschistischen Terrors wird die arabische Bevölkerung niedergehalten und vertrieben. Das Land wird ihnen geraubt, zahlreiche Dörfer gesprengt oder zerbombt. Die Besiedlung der arabischen Gebiete durch Israelis unterscheidet sich nicht von den Methoden, mit denen die Hitlerfaschisten die „Germanisierung" des besetzten Polens betrieben.

Keine Woche vor dem Massaker in München, erklärte dessen Urheberin Golda Meir: „Den Arabern muß klar sein, daß der Frieden nur erreicht werden kann, wenn sie auf Teile der Gebiete verzichten." Eine Woche später bombardierten israelische Flugzeuge Flüchtlingslager der Palästinenser in Jordanien und marschierten im Südlibanon ein ...

Israel ein einziges KZ für Araber

In großer Aufmachung berichtete die imperialistische Weltpresse über ... lechzen, wurden seit der Gründung des Staates Israel geduldet und ... raelischen Gefängnissen behandelt werden. Nicht so behandelt werden die arabischen Patrioten in den Folterkammern Jerusalems.

Nur am Rande berichtet wurde in der Weltpresse vom Falle eines 14jährigen Araberjungen. Er hatte angeblich für die palästinensischen Partisanen Kundschafterdienste geleistet. Ein Militärgericht in Gaza verurteilte den 14jährigen Jungen zu 12 Jahren Gefängnis, wovon er mindestens 5 Jahre sofort absitzen muß. (Süddeut. Zeitung, 26. 9. S. 7). Ein alltäglicher Fall im Staate Israel.

Auch Geiseln von Münchner Polizei erschossen

Was der Stern kurz nach dem Massaker in Fürstenfeldbruck vermutete, trifft zu: Auf Grund ballistischer Untersuchungen der Geschoßbahnen in den Körpern der Geiseln wurde bestätigt, daß die Geiseln wie im Fall der Bankangestellten Ingrid Reppel vor einem Jahr, von den Münchnern Mordkommandos der Polizei erschossen wurden. Auch die überlebenden Araber berichten, daß sie keine Schüsse auf Geiseln abgegeben haben. ...

Ibrahim Messaoud berichtet über Fürstenfeldbruck: „Sobald wir auf dem Flughafen eintrafen, ging Aissa — der Chef des Kommandos — hinüber, um das Flugzeug anzusehen, das uns nach Kairo bringen sollte. Ein paar Minuten später hörte ich intensives Schießen. Ein Kamerad rief. Ich preßte mich sofort an den Boden. Danach sah ich einen meiner Kameraden ausgestreckt unter dem Hubschrauber sterben. Die Schüsse der Polizei auf ... westdeutsche Polizei zu schießen begann, sah ich, wie sich Aissa und ein zweiter Fedayin, der ihn begleitete, auf den Boden warfen. Ich tat das gleiche. Aber Aissa gab sehr rasch den Befehl, in den Hubschrauber zurückzugehen. Als ich in den Hubschrauber zurückging, mußte ich, um mich zu decken, in die Richtung feuern, aus der die Schüsse zu kommen schienen. Ich schoß nicht auf die Geiseln, die im Hubschrauber waren. Die Schießerei ging weiter ... Als ich wieder bei mir war, saß ich in der Polizeiwache und meine Hände waren gefesselt."

Natürlich wird die Wahrheit über die Erschießung der Geiseln von der Münchner Justiz niemals aufgedeckt werden. Aber die Wahrheit ist, daß der deutsche Imperialismus und seine Polizeischergen schon über Millionen Leichen ging

die Verhaftung einiger israelischer Terroristen. Diese besonders brutalen Sadisten, die nach „Araberblut“ ... insgeheim gefördert. Auch jetzt werden sie wie Könige in ihrer vorübergehenden ‚Ehrenhaft‘ in is-... ben. Diese Männer haben keine Angst vor dem Tod, sie versuchen sich mit solchen Erklärungen nicht ein ‚milderes‘ Urteil zu erhoffen. ... den Hubschrauber kamen von allen Seiten. Ich feuerte auf das Flutlicht, aber ich habe es nicht getroffen ...“

Ein Kamerad berichtet: „Als die ... und heute versucht, den gleichen Weg zu gehen. Das Massaker in München darf nicht vergessen werden!

wichtige Entwicklung ...

Fortsetzung von Seite 4

tarisch-demokratische Organisationsform, für wirkliche revolutionäre proletarische Räte zu kämpfen. Sie werden der entscheidende Hebel sein, mit dem unter Führung der KPD/ML, die breitesten Massen zum Sturz des imperialistischen Ausbeuterstaates organisiert werden. Sie werden die Träger der Macht in der künftigen sozialistischen deutschen Räterepublik sein!

Wir drucken hier einen Ausschnitt eines Artikels aus dem **'Roten Reinickendorfer'** ab, der Stadtteilzeitung der KPD/ML in Berlin-Reinickendorf.



Ob im Märkischen Viertel, ob in Gropiusstadt oder wie hier in Lichterfelde: Die Bevölkerung Westberlins hat den Mieterkampf aufgenommen.

Mieter-Räte JA! - aber welche?

Am 20. September fand in einem viel zu kleinen Raum der 27. Grundschule im Märkischen-Viertel eine Mieterversammlung statt, die vom Mieterschutzbund veranstaltet wurde. Zu Beginn wurde ein Film gezeigt, in dem mehrere Familien über ihre Schwierigkeiten mit der neuen Heizkostenerhöhung berichteten. In der folgenden Diskussion kam deutlich zum Ausdruck, daß es den Mietern weniger darum geht, ob diese Erhöhungen **'berechtigt'** oder **'unberechtigt'** sind, sondern in erster Linie darum: **DIESE BELASTUNGEN SIND UNZUMUTBAR!** So wurden auch die langatmigen Preisvergleiche eines Vertreters des Mieterschutzbundes mit Zurufen unterbrochen, wie: **'WIR WOLLEN JETZT MAL DRÜBER REDEN WAS WIR DAGEGEN TUN KÖNNEN'!**

Die große Empörung der Mieter nahmen die Vertreter der bürgerlichen Parteien SPD, FDP und CDU zum Anlaß, von **'Aufwiegelern'** und **'Unsachlichkeit'** zu schwätzen. Damit kamen sie aber bei den Mietern schön an! Sie wurden ausgebuht. Niemand, so wurde von mehreren Diskussionsrednern festgestellt, brauche die Mieter aufzuhetzen. Das haben die Wohnungsbaugesellschaften mit ihren Zahlungsbescheiden bereits bestens besorgt. Zum Schluß wurde mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, in der es u.a. hieß: **'Anerkennung von gewählten Mietervertretungen. Zur Bekräftigung dieser Resolution und als Ausdruck unserer Unzufriedenheit bekunden wir unseren gemeinsamen Protest, indem wir ab Montag, dem 25. September 1972, eine Woche lang Handtücher, Bettlaken oder ähnliches aus dem Fenster hängen.'**

Während der Versammlung wurde ein Entwurf einer Satzung für Mieterräte verteilt. Dieser Entwurf wurde auf der Versammlung nicht mehr diskutiert.

Wir brauchen Mieterräte!

Wir finden, daß die vorgeschlagene Satzung eine Reihe von Fehlern enthält. Wir wollen aber an dieser Stelle nicht nur kritisieren, sondern gleichzeitig Vorschläge machen, wie man diese Satzung verbessern kann.

Der Mieterrat muß unsere Interessen vertreten!

zu Punkt 1: 'Die Mieterräte vertreten die Interessen der Mieter.'

Das ist richtig.

Punkt 2: 'Die Mieterräte sollen den Mietern die Organisation der Wohnungsbaugesellschaften durchsichtig und verständlich machen.'

Das bedeutet eine Einschränkung des ersten Punktes. Im Interesse der Mieter liegt es, nicht ständig mehr Miete zu zahlen. Daß auch Wohnungsbaugesellschaften im MV (Märkischen Viertel - d.Red.) kapitalistische Unternehmen sind, die ihren Profit machen wollen, wissen die Mieter schon längst. Dieser Punkt ist ein Ausweichmanöver: der berechtigte Protest der Mieter soll sich auf jahrelange Musterprozesse verkleckern, die dann solche Leute führen, 'die es sich leisten können'. Die meisten Mieter aus dem MV können es sich aber nicht leisten. Im übrigen wäre es ein wahres Wunder, wenn sich die Klassenjustiz bei solchen 'Musterprozessen' plötzlich auf die Seite der Mieter stellen würde.

Punkt 3: 'Die Mieterräte erhalten im Interesse der Mieter von den Wohnungsbaugesellschaften Geschäftsoffenlegung und Auskunft.

Das ist illusorisch. Es sollte sich jeder klarmachen, daß die Wohnungsbaugesellschaften und die Mieter keinerlei gemeinsames Interesse haben. Die GeSo-Bau und die anderen Gesellschaften werden sich hüten, uns freiwillig in ihre Bücher gucken zu lassen. Diesen Einblick werden die Mieter des MV fordern müssen - und zwar jedesmal, wenn sie es für notwendig finden. Oder will sich der zukünftige Mieterrat bei den Wohnungsbaugesellschaften anbiedern, wie der eiligst gebildete Mieterrat im Dannenwalder Weg? So einen Mieterrat brauchen wir allerdings nicht!

Punkt 4: 'Die Mieterräte sind bei Auseinandersetzungen zwischen Mietern und Vermietern **durch den Vermieter** einzuschalten.

Wessen Interesse soll der Mieterrat denn hier vertreten? Die der Wohnungsbaugesellschaften, indem er als 'Schlichtungskommision' von GeSoBau, DeBau-Sie und DeGeWo auftritt? Der Mieterrat muß vom **Mieter** eingeschaltet werden und zwar mit dem Auftrag, ganz klar für seine Interessen aufzutreten.

Punkt 7: 'Die Mieterräte verpflichten sich, den Mietern regelmässig über ihre Arbeit Bericht zu erstatten.'

Diesen Punkt kann man gleich konkreter machen: Jeden Monat eine öffentliche Sitzung des Mieterrats, die zugleich Versammlung der gewählten Vertrauensleute ist. Mieterversammlungen werden je nach Bedarf vom Mieterrat angesetzt oder mit einfacher Mehrheit der Vertrauensleute. Die Vertrauensleute berufen nach einer öffentlichen Sitzung des Mieterrats eine Besprechung der Mieter ihres Bereichs ein, erstatten Bericht, diskutieren mit den Mietern die Beschlüsse und Forderungen und tragen die Meinungen und Forderungen der Mieter dann wieder in die nächste öffentliche Sitzung.

(Leider können wir nur diesen Teil abdrucken. Leser, die gerne mehr über den Kampf der Mieter des MV und der **ROTEN STADTTEILGRUPPE** der **KPD/ML** erfahren wollen und für ihren Kampf Verbindung schaffen wollen, können sich an den **ROTEN MORGEN** wenden.

IN DEN MIETERRAT KEINE SCHWÄTZER, SONDERN ENTSCHLOSSENE KÄMPFER!
WÄHLT KÄMPFERISCHE VERTRAUENSLEUTE!
FÜR EINEN EINIGEN UND STARKEN MIETERRAT!

Kapitalistisches

Nachrichtensperre

So groß wie 3 Briefmarken war ein Artikel der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung über die Demonstration von 15 000 gegen die Ausländergesetze in Dortmund. Die WAZ ist mit die größte Regionalzeitung in dieser Gegend. Immerhin, in anderen Zeitungen wurde gleich gar nicht berichtet. Die Gleichschaltung der bürgerlichen Presse wird immer offensichtlicher. Nun, wir Kommunisten werden den Massen der Arbeiter und Werktätigen von dieser machtvollen Kampfaktion berichten: mit Artikeln und Fotos in Betriebszeitungen, Flugblättern Ständen und Filmabenden.

Schmiergelder abzugsfähig

Staatssekretär Oftergeld vom Bundeswirtschafts- und -finanzministerium erklärte auf Anfrage, bei Schmiergeldern müsse nur der Empfänger diese versteuern. Der Geber jedoch nicht: Er kann Schmiergelder von den Steuern absetzen. Im Kapitalismus läuft es eben nur noch, wenn geschmiert wird. Darum wird die Bestechung — auf Kosten der Millionen kleiner Steuerzahler — zum Gesetz erhoben. 'Wer nicht schmiert, ist selber schuld'.

Gift und Profit

Daß die langsame Umweltvergiftung vom Staat der Monopole ge-

DIE HAUPTTENDENZ IN D

KAMPF JEDER ABSCHIEBUNG !
KAMPF DEN SPALTUNGSVERSUCHEN !
KAMPF DER VERFOLGUNG FORTSCHRITTLICHER AUSLÄNDER UND IHRER ORGANISATIONEN !
FREIHEIT FÜR GUPS UND GUPA !
NIEDER MIT DEN REAKTIONÄREN AUSLÄNDERGESETZEN !

Das waren einige der Losungen, unter denen sich Tausende deutscher und ausländischer Arbeiter, Lehrlinge, Studenten, Männer und Frauen zusammenschlossen.

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT !
DEUTSCHE ARBEITER - AUSLÄNDISCHE ARBEITER - EINE KAMPFFRONT !

Der gewaltige Strom der 15.000, die kämpferische Solidarität, die tausende roter Fahnen des revolutionären Klassenkampfes – das war ein Zeichen dafür, daß überall in Westdeutschland und Westberlin den Angriffen der Bourgeoisie der Gegenangriff folgt. Daß überall der zunehmenden Faschisierung die zunehmende Flut der revolutionären Bewegung entgegentritt.

VORWÄRTS ZUM SOZIALISMUS ! VORWÄRTS MIT DER KPD/ML

schallte es durch die Straßen. Die KPD/ML trat stärker, entschlossener und mit einer klareren revolutionären Linie denn je auf. Die KPD/ML wird aus den Erfahrungen des Kampfes ihre Lehren ziehen und den weiteren Kampf umso besser anpacken.



leninistischen Bewegung ist. Die Mehrheit der Zirkel, die innerhalb der Aktionseinheit vertreten waren (jede Organisation hatte eine Stimme) stimmte einer opportunistischen Politik zu, die den gemeinsamen Kampf schwächte. Dafür werden wi[r] Beispiele anführen.

Kampf den Kapitulanten vor dem Revisionismus !

Eine Genossin der KPD/ML versucht am Block der 'KPD'-AO-Mitglieder den ROTEN MORGEN zu verkaufen. Sie kommt keinen Meter weit. Sofort wird sie von fast einem Dutzend 'KPD'-AO-Ordnern amringt und angegriffen: 'Wir brauchen uns an keine Abmachungen zu halten', sagten sie.

Nun gut, zwei Arbeitergenossen der KPD/ML genügten als Schutz und 10 wildgewordene Kleinbürger aus der 'KPD' marschieren als 'Bewachung' schön brav an der Seite mit. Die Angst der 'KPD'-AO-Häuptlinge, ihre Mitglieder und Sympathisanten könnten den ROTEN MORGEN lesen, ist groß. Die Angst vor Arbeiterfäusten war aber noch größer.

Und was hatte die Demonstrationsleitung zu den Provokationen gegen die KPD/ML unternommen? - Nichts.

Was unternahm die von den Zirkeln beherrschte Demonstrationsleitung (die KPD/ML war nicht hineingewählt worden) gegen die Teilnahme des Trotzkistenblocks von "Spartacus"? – Nichts! Man ließ die geschworenen Feinde des Sozialismus, die Verleumder des sozialistischen China, die damals wie heute mit Polizei und Geheimdiensten zusammenarbeitenden Trotzkisten mitmarschieren. Wurden ihnen die Flugblätte[r] abgenommen, die zum Wiederau[f]bau der berüchtigten Vierte[n] Internationale und zur Wahl de[r] D'K'P aufriefen? Zur Wah[l] einer Partei, die 'ordentliche Gerichtsverfahren' für abgescho[be]ne ausländische Kollege[n] fordert und diese so der Klas[s]enjustiz ausliefert! Einer Par[t]tei, die ihren Mitgliedern ve[r]bietet, an der Demonstration i[n] Dortmund teilzunehmen! Die De[]monstrationsleitung erlaubt[e] die Propaganda für eine solch[e] Partei!

Aber als die KPD/ML au[f] der Schlußkundgebung das Ei[n]dringen der Trotzkisten in un[]sere Reihen verhinderte, als di[e] Organisationstransparente de[r] Trotzkisten entfernt wurden, al[s] einem Demonstranten von Trot[z]kisten der Arm angebrochen wu[r]de – da wurden wiederum di[e] Trotzkisten von den Zirkelhäup[t]lingen in Schutz genommen un[d] die KPD/ML angegriffen.

Wir geben zu, wir hätten berei[ts] zu Beginn der Demonstratio[n] handeln müssen.

duldet wird, ist offensichtlich. Nur manchmal schickt er doch Umweltschützer gegen die Kapitalisten aus, nämlich dann, wenn deren Profitgier zu deutlich zum Himmel stinkt und die Menschen Empörung erfaßt. So mußte der Hamburger Senat gegen die Eigentümer und Leiter der Hamburger Kupferhütte vorgehen, die eine gefährliche Giftgaswolke über dem Stadtteil Veddel aufsteigen ließen. Die Schwefelwolke senkte sich langsam zur Erde, Hunderte von Menschen klagten über Husten und Übelkeit, 11 mußten ins Krankenhaus. Besonders empörte die Bevölkerung, daß die Firmenleitung es nicht für nötig hielt, den Giftalarm zu melden. Obwohl sie wußten, daß die Reparatur der Schadensursache längere Zeit dauern würde.

Noch bezeichnender war der Prozeß gegen zwei leitende Angestellte der Chemischen Werke Albert, einer Tochtergesellschaft der Farbwerke Hoechst. Sie wurden vom ‚Umweltexperten' Birkel angeklagt, phenolhaltige Stoffe in den Rhein geleitet zu haben. Phenol aber erzeugt Krebs. Die Wiesbadener Bevölkerung bekam diese Abwässer der IG-Farben-Nachfolger ins Trinkwasser.

Umweltschützer Birkel hatte sich 3 „renommierte" Gutachter besorgt, die die Gefährlichkeit dieser Abwässer bestätigten. Aber nicht lange. Kaum lief der Prozeß richtig an, mußte Birkel bekennen: **„Ich befinde mich in ziemlicher Beweisnot. Drei meiner Gutachter sind zur gleichen Zeit umgefallen."** Und weiter: **„Ich kann mir diese plötzliche Reaktion aller drei Gutachter einfach nicht erklären. Alle drei sind jedenfalls von ihren schriftlichen Gutachten abgewichen."**

Das läßt sich sehr leicht erklären: Wer kann mehr für das Portemonnaie und die Karriere eines „Gutachters" bieten — ein Herr Birkel oder die Farbwerke Hoechst?



Die Lehre aus dem Kampf
TOD DEM REVISIONISMUS !

Sonntag morgen, 6 Uhr. Der Sonderzug aus Westberlin läuft bereits in Dortmund ein. Sofort machen sich die Genossen des Landesverbandes Westberlin an die Arbeit. Flugblätter werden verteilt, es wird noch für die Demonstration geworben. Die Genossen sind überrascht über den Empfang der Dortmunder Arbeiter und Werktätigen. Die große Hetzkampagne in Rundfunk, Presse und Fernsehen gegen die 'Ausländer', die 'Terroristen und kriminellen Gewalttäter' hat nicht eingeschlagen. Im Gegenteil. Viele sagen: Jawohl, gegen die Spaltungsversuche zwischen uns und unseren Kollegen muß man was unternehmen. Und wenn sie jetzt die Gewerkschaft GUPA der palästinensischen Kollegen verbieten, wie wird dann erst morgen gegen uns vorgegangen! Die Kommunisten werden häufig willkommen geheißen: Endlich jemand, der nicht wie die Brandt- und Barzel-Köpfe an allen Ecken nur das Blaue vom Himmel herunter verspricht. Endlich jemand, der nicht wie D'K'P und SED 'drüben' die Arbeiter verkauft und verrät. Endlich jemand, der nicht schwätzt und abwiegelt, sondern kämpft!

Mit dem gleichen Zug aus Westberlin sind auch die Mitglieder des Zirkels 'KPD'-AO angekommen. Ein Teil von ihnen hat scheinbar die Losung 'Kampf der KPD/ML' für den heutigen Tag auf ihre Fahnen geschrieben (bekommen): Sie beginnen die hinter Scheibenwischer geklemmten Flugblätter unserer Genossen einzusammeln und zu zerreißen. Nein, das waren keine D'K'P-Bonzen, das waren Leute, die sich 'Marxisten-Leninisten' nennen.

Kampf den Spaltern !

Über 30 Organisationen hatten sich auf einer gemeinsamen Plattform zur Aktionseinheit geeinigt. Die Freiheit der kommunistischen Agitation und Propaganda konnte durchgesetzt werden. Das war ein großer Erfolg.

Aber die Führer der 'KPD'-AO brachten es wieder einmal fertig, diese Aktionseinheit gegen die Ausländergesetze zu spalten. Sie unterschrieben die gemeinsame Plattform nicht, sondern gründeten ein 'Nationales Komitee' mit sich selbst und führten eine 'nationale' Separat- und Schnelldemonstration von 300 Mann in Bonn durch.

Wie war es möglich, daß eine solche Spalterorganisation ohne weiteres an der Demonstration der Aktionseinheit in Dortmund teilnehmen konnte, ohne auch nur die geringsten Vereinbarungen zu akzeptieren? Das war möglich, weil die noch starke Verbreitung des Zirkelwesens den Kampf schwächte. Das Zirkelwesen zeigt, wie groß noch der Einfluß des Revisionismus in der marxistisch-

Wer feige ist, verrät den Kommunismus

Der gefährliche Pazifismus und Revisionismus der Zirkelhäuptlinge kam auch in ihrem Beschluß zum Ausdruck, keine Schutzhelme mitzunehmen. Manche gingen sogar soweit, zu sagen, man solle ruhig im Falle eines Polizeiangriffes den Kopf zweimal hinhalten. Diese ängstlichen Kleinbürger meinen, die Massen würden sich solidarisieren, wenn wir uns wie eine Hammelherde niederknüppeln ließen. Aber die Arbeiterklasse will keine Führung, die sich niederknüppeln läßt!

Die Zirkelhäuptlinge verteidigten nicht nur Trotzkisten, sie griffen auch Demonstranten an, die einem Polizeiagenten das Fotografieren verboten. Die Demonstrationsleitung lehnte ab, zwei deutschen Polizeifotografen und einem spanischen Geheimdienstmann das Handwerk zu legen, als diese aus dem offenen Flur eines Wohnhauses heraus die Demonstranten fotografierten. Nachdem die Schergen den dritten Film einlegten, kam die Erklärung der Demonstrationsleitung: 'Jetzt ist es eh' zu spät'.

Für Kommunisten ist es nicht zu spät, wenn es darum geht, unsere ausländischen Genossen und Kollegen vor der Abschiebung in Francos Folterkeller zu schützen. Wie kann jemand 'Hoch die internationale Solidarität' rufen und gleichzeitig im Stile von Revisionisten vor Polizeibütteln in die Knie gehen?

Die Bewohner des Mietshauses waren nicht bereit gewesen, die Polizeifotografen in ihr Wohnungen zu lassen. So mußten diese auf ungeschütztem Fl[ur] ihr Handwerk betreiben. Was zeigt das? Das zeigt, daß die Volksmassen allen Kapitulanten vor dem Klassenfeind, den Revisionisten aller Schattierung eine Abfuhr erteilen werden!

KAMPF DEM REVISIONISMUS !

FÜR DIE EINHEIT
ALLER MARXISTEN - LENINISTEN IN DER KPD/ML !

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT !

Was zeigte die mächtige Demonstration gegen die Ausländergesetze trotz allem? Den Sieg der revolutionären Linie über die Nachbetereien des Revisionismus. Über 1300 Rote Morgen wurden verkauft. Tausende Faltblätter mit der gemeinsamen Erklärung der KPD/ML mit ihren spanischen und italienischen Bruderparteien (PCE/ML und PCd'I/ML), 10 000 Erklärungen der KPD/ML gegen das Ausländergesetz wurden verteilt. Geschlossen marschierte der gemeinsame Block der KPD/ML und der revolutionären spanischen Organisationen PCE/ML, FRAP, OSO (revolutionäre Gewerkschaftsorganisation) und andere. Hunderte von spanischen und italienischen und anderen ausländischen Genossen und Kollegen vereinten sich mit ihren revolutionären Losungen in einer Kampffront mit den Genossen und Sympathisanten der KPD/ML, Roten Garde und KSB/ML. Dortmunder Arbeiter kamen, teilweise mit Familie, um mitzumarschieren. Viele neue Genossen wurden in Dortmund gewonnen. Der Kampf geht weiter.

VORWÄRTS ZUM SOZIALISMUS !
VORWÄRTS MIT DER KPD/ML !

R WELT IST REVOLUTION



Auch in Dortmund: VORWÄRTS MIT DER KPD/ML !

* *

Hoch die internationale Solidarität !

Kundgebung der KPD/ML in Dortmund

Unsere Partei hatte zu einer Kundgebung am kleinen Borsigplatz aufgerufen. Und viele kamen, um unseren 1. Vorsitzenden, den Genossen Ernst Aust zu

Kampfrede, wie sie die Dortmunder Arbeiter wohl schon lange nicht mehr gehört haben. Immer wieder unterbrochen von stürmischem Beifall und Hochrufen rechnete unser 1. Vorsitzender mit dem internationalen imperialistischen Ausbeuterpack ab. Seine Rede war eine flammende Anklage gegen die Unterdrückung und Entrechtung unserer ausländischen Klassenbrüder. Diese Rede war erfüllt vom Geist des proletarischen Internationalismus und eine Richtschnur für unseren

nosse ERNST AUST, wird sich von dieser faschistischen Hetze nicht anstecken lassen, sondern ihren ausländischen Klassenbrüdern die Hand zum gemeinsamen Kampf reichen. Deshalb verbieten die Unterdrücker von Bonn kommunistische und andere fortschrittliche Organisationen unserer ausländischen Klassenbrüder , weil sie die einheitliche Kampffiont nicht spalten können.

Unser 1. Vorsitzender, der Genosse ERNST AUST, entlarvte die Machenschaften der westdeutschen

Revisionistisches

D'K'P-Revisionisten: Für 'ordentliche' Abschiebung der Palästinenser

Von Protest distanziert

Dortmund. (EB) Die DKP hat sich gestern von dem Demonstrationsmarsch, der am Sonntag in Dortmund stattgefunden hatte, distanziert. Sie erklärte, sich weder an dem Marsch beteiligt noch zu ihm aufgerufen zu haben. Die Initiative sei vielmehr von der KPD/ML ausgegangen.

* *

Wer vielleicht noch geglaubt hat, daß die D"K"P zufällig nichts gegen die reaktionären Ausländergesetze und die Abschiebung arabischer Patrioten in die KZ's Israels und Jordaniens unternimmt, sieht sich eines besseren belehrt. Das einzige, was die D'K'P-Häuptlinge nachdrücklich fordern, ist die Abschiebung durch 'ordentliche Gerichtsverfahren'. Die D'K'P-Häuptlinge fürchten offensichtlich, daß durch die jüngsten Nacht- und Nebelaktionen das Ansehen des westdeutschen Imperialismus Schaden erleiden könnte. Deshalb geben sie ihren Herren Tips, wie man mit einem 'demokratischen Mäntelchen' die Terrormaßnahmen besser verschleiern kann.

Sprachwandlung

Die Restauration des Kapitalismus in der SU macht auch bei einzelnen Worten keinen Halt:

hören! Mitten in einem Dortmunder Arbeiterviertel, wo viele der klassenkämpferischen Hoesch-Kollegen wohnen, stand diese mitreißende Kundgebung unter den Losungen:

ES LEBE DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!
AUSLÄNDISCHE ARBEITER, DEUTSCHE ARBEITER: EINE ARBEITERKLASSE!
ES LEBE DER FREIHEITSKAMPF DER VÖLKER!

Ausländische Kollegen und Genossen und ihre deutschen Klassenbrüder sangen begeistert die revolutionären Kampflieder mit, die von den Agitprop-Trupps der KPD/ML aus München, Bochum und Westberlin vorgetragen wurden. Sprecher der Agitprop-Trupps berichteten von den Freiheitskämpfen unserer Klassenbrüder in Italien, Griechenland, Türkei, Palästina und Spanien. Alle diese Berichte bezeugten, daß der Satz stimmt:

DIE HAUPTTENDENZ IN DER HEUTIGEN WELT IST REVOLUTION!

Stürmisch begrüßt von den vielen hundert Anwesenden trat dann der 1. Vorsitzende der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / MARXISTEN-LENINISTEN, der Genosse ERNST AUST ans Mikrophon. Er hielt eine

Hört die revolutionären Sender !



RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
6.oo - 6.3o	41 und 5o Meter 215 Meter
13.oo - 13.3o	32 und 41 Meter
14.3o - 15.oo	32 und 41 Meter
16.oo - 16.3o	32 und 41 Meter
18.oo - 18.3o	32 und 41 Meter
19.oo - 19.3o	41 und 5o Meter
21.3o - 22.oo	41 und 5o Meter
23.oo - 23.3o	41 und 5o Meter 215 Meter

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
5o Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1 4oo khz (Mittelwelle!)

RADIO PEKING

19.00 - 20.00 21.00 - 22.00	Immer: 43.7, 42.8 und 26.2 Meter

und eine Richtschnur für unseren gemeinsamen Kampf!

Der Genosse ERNST AUST schilderte eindringlich die Not unserer ausländischen Kollegen: Getrieben von Arbeitslosigkeit, Hunger und Schulden verlassen sie ihre Heimatländer und fallen den westdeutschen imperialistischen Räubern von Abs bis Thyssen in die Hände. Zusammengepfercht müssen sie in unmenschlichen Behausungen leben und dafür teure Mieten bezahlen. In den Fabriken, den kapitalistischen Ausbeuterhöhlen, müssen sie die schwerste und niedrigste Arbeit für einen Hungerlohn verrichten. Und dabei sind sie völlig rechtlos. Wenn sie sich zum gemeinsamen Kampf mit ihren deutschen Kollegen erheben, werden sie mit Hilfe des reaktionären Ausländergesetzes aus Westdeutschland ausgewiesen und an die faschistischen Henker in ihren Heimatländern ausgeliefert. Denn davor haben die kapitalistischen Blutsauger am meisten Angst, daß nämlich die ausländischen und deutschen Kollegen sich zum gemeinsamen Kampf zusammenschließen. Deshalb versuchen sie, diese Kampffront zu spalten, indem sie eine wüste Hetze gegen unsere ausländischen Kollegen inszenieren und den deutschen Arbeitern einzureden versuchen, sie gehörten einer „Herrenrasse" an. Aber die deutsche Arbeiterklasse, sagte der Genosse ERNST AUST, durchschaut die Machenschaften der westdeutschen Imperialisten und ihrer Bonner Lakaien. Denn die arbeiten mit den faschistischen Henkern in Griechenland, in der Türkei, in Israel, in Spanien und in Portugal eng zusammen. ERNST AUST sagte: „Wer mit diesen Faschisten zusammenarbeitet, ist selber ein Faschist." Und er riß damit dem Nobelpreisträger Brandt und dem ganzen Friedensgesäusel die Maske vom Gesicht. Denn was sich dahinter verbirgt, ist die brutale Gewalt, die die Imperialisten überall in der Welt anwenden. Sie schlachten in ihren Raubkriegen Millionen Menschen dahin, sie sind die Mörder. Und unser Kampf gegen dieses Mörderpack kann nur gewaltsam, mit dem Gewehr in der Hand, geführt und siegreich beendet werden!

Im Namen unserer KPD/ML, im Namen der ganzen deutschen Arbeiterklasse erklärte der Genosse ERNST AUST, daß es die heilige internationalistische Pflicht des deutschen Proletariats ist, die Freiheitskämpfe unserer ausländischen Kollegen zu unterstützen, mit ihnen gemeinsam den unversöhnlichen Kampf gegen Imperialismus und Unterdrückung bis zum siegreichen Ende zu führen!

Als unser 1. Vorsitzender, der Genosse ERNST AUST, seine Rede beendet hatte, riefen die Kollegen und Genossen begeistert:

ES LEBE DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!
VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!
ES LEBE DER GENOSSE ERNST AUST!

Nach dieser begeisternden Rede wurden Grußbotschaften unserer spanischen Bruderpartei, der PCE/ML, und unserer italienischen Bruderpartei, der PCdI/ML, verlesen. Beide brachten die tiefe Verbundenheit des spanischen und italienischen Proletariats mit der deutschen Arbeiterklasse zum Ausdruck.

Gemeinsam sangen alle zum Schluß die Internationale, das revolutionäre Kampflied der internationalen Arbeiterbewegung. Alle wußten, dieser revolutionäre Kampftag war ein großer Schritt auf dem Wege unseres gemeinsamen revolutionären Kampfes, auf dem Weg zur Befreiung aller Unterdrückten und Ausgebeuteten der ganzen Welt.

Im Jahre 1941 definierte die Große Sowjet-Enzyklopädie die **Reklame** als "Mittel, die Leute zu betrügen, indem man ihnen häufig unnütze Artikel von zweifelhaftem Wert aufschwätzt". In der Ausgabe von 1972 heißt es dagegen unter dem Stichwort **Reklame:** "Die Kunst, Waren populär zu machen, und den Verbrauchem ihre Qualität, Merkmale, Anwendung und Ort des Verkaufs mitzuteilen".

Preistreiberei auf revisionistisch

Die Westberliner S-Bahn, im Besitz der DDR, hat ihre Preise unverschämt hochgeschraubt. Im Revisionistenblatt „Die Wahrheit" der SEW wird täglich über „Preistreibereien, verursacht durch den Rechtskurs der CDU/CSU" dahergeschwätzt. Als „Die Wahrheit" mit der Wahrheit über die Preistreibereien bei der S-Bahn rausrücken mußte, da war nur ganz klein zu lesen: „Neue Preisregelung bei der S-Bahn."

Ein Leserbrief dazu erreichte uns aus Westberlin:

Die Deutsche Reichsbahn greift gerade jetzt zur Preiserhöhung, nachdem die Westberliner auf die Benutzung der S-Bahn angewiesen sind. Nachdem Westberliner zu Tausenden die DDR besuchen, wittert die DDR-Reichsbahn gleich ein Geschäft und erhöht die Preise, beispielsweise für eine Fahrt von West- nach Ostberlin um 130 bzw. 170 %.

Ein Siemens-Arbeiter sagte mit Recht dazu: „Wenn ich bei euch jetzt dasselbe wie bei der kapitalistischen U-Bahn blechen muß, wo liegt bei eurem Betrieb dann noch der Unterschied zum Kapitalismus? Euer sogenannter ‚Arbeiter- und Bauernstaat' nimmt uns Arbeitern doch genauso aus wie der Kapitalismus."

Die neuen Kreml-Zaren proben Zerschlagung von Aufständen !

Gleichzeitig mit dem Manöver des ağressiven Natoblocks unter dem Oberkommando des USA-Imperialismus und des westdeutschen Militarismus (siehe RM Nr. 18/72), der als Höhepunkt die Besetzung Norwegens erprobte, hielt der ağressive Warschauer-Pakt unter dem Kommando der neuen Zaren im Kreml sein grosses Manöver 'Schild 72' in der CSR ab.

Nicht zufällig war die CSR als Übungsfeld ausgesucht worden. Seit dem brutalen Überfall der neuen Kreml-Zaren auf die CSR 1968 ist der Widerstand des tschechischen und slowakischen Volkes weiter angewachsen. Die Warschauer-Pakt-Truppen üben heute deshalb in der besetzten CSR, um das Gelände für kommende Kämpfe auszukundschaften und um das tschechische und das slowakische Volk einzuschüchtern. Gleichzeitig sollte diese Besetzung auch andere Völker des Warschauer Vertrages die der Oberhoheit der sowjetischen Sozialimperialisten und der imperialistischen Theorie von der begrenzten Souveränität Widerstand entgegensetzen, eingeschüchtert und unter Druck gesetzt werden. Die Manöver des aggressiven Warschauer Paktes sind also genauso gegen die Völker Europas gerichtet wie die des agressiven NATO-Pakts. Beide Manöver hatten den Sinn, 'arbeitsteilig' die Niederhaltung der Völker Europas zu proben.

Wie weit die Zusammenarbeit der beiden Supermächte bei den jetzigen Manövern bereits geht, enthüllte Radio Tirana in einer Sendung vom 21.9.72:

Die Scheingegner trainieren sich gegenseitig

Jede Armee entwickelt ihre Manöver so, daß sie einem Teil ihrer Truppen die Rolle des Gegners gibt, von dem sie den Angriff erwarten könnte. Was jedoch die Kräfte des agressiven NATO-Blocks anbelangt, die von den amerikanischen Imperialisten geführt werden, und die des agressiven Warschauer Blocks, die von den sowjetischen Sozialimperialisten geführt werden, so ging diese allgemeine Regel unlängst in die Brüche. Anläßlich der grossen Manöver der beiden Blocks kam eine ziemlich interessante Tatsache ans Tageslicht. Anstatt wie üblich bei ihren Manövern einigen von ihren Truppen die Rolle des Gegners zu geben, der amerikanische Vize-Admiral, der die Kriegstruppe gegen die U-Boote kommandierte, ähnliches gebe den sowjetischen wie auch den NATO-Schiffen die Möglichkeit, sich gegenseitig zu üben. Gleichzeitig enthüllt der amerikanische Vize-Admiral, hinsichtlich dieser Art gemeinsamer Manöver seien mit den Sowjets Verhandlungen im Gange.

Die Scheingegner trainieren sich also gegenseitig. Wir wissen es nicht, mit welchen Mitteln sowohl die Moskauer als auch die Washingtoner Propaganda sich bemühen werden, diese unerhörte sowjetisch-amerikanische militärische Zusammenarbeit zu rechtderholten Male die alte These unserer Partei und Regierung bekräftigt, daß die Kriegsmanöver des aggressiven NATO-Blocks mit den amerikanischen Imperialisten an der Spitze und die des aggressiven Warschauer Blocks mit den Sowjetrevisionisten voran keineswegs gegeneinander gerichtet sind, sondern gegen die europäischen Völker, gegen ihre Freiheit und Unabhängigkeit. Die Völker sind der Hauptfeind des Imperialismus und des Sozialimperialismus, und gerade gegen sie spitzt die amerikanisch-sowjetische Allianz die Pfeile. Auf der Basis dieser Zielsetzung, nämlich der Unterdrückung und Beherrschung der Völker, wurde diese Allianz gebildet. Und auf dieser Grundlage entwickelt sie sich täglich mehr und hebt sich auf eine immer neue, höhere Stufe. Diese Zusammenarbeit auf dem Militärgebiet, die sich in einer Reihe offener und Geheimabkommen manifestiert und die schon die Stufe gemeinsamer Manöver erreicht hat, sind der Beweis der zunehmenden Gefährlichkeit der sowjetisch-amerikanischen Allianz, Moskau und Washington üben gemeinsam - so sind sie imstande, die Völker und die Revolution zu unterdrücken, ihre allseitige Hegemonie in Europa und in der Welt zu festigen. Der Samen für diese gefährliche sowjetisch-amerikanische Zusammenarbeit auf allen Gebieten, vor allem im Militärbereich, wurde in Moskau während des Besuchs des imperialistischen Hauptes, Richard Nixon, bei dessen Geheimverhandlungen mit der Kreml-Spitze gelegt. Die neuen Komplotte des amerikanischen Imperialismus

Siege an der diplomatischen Front

Der US-Imperialismus geht nicht nur in Indochina, sondern auch in Ostasien seinem Untergang mit Eilzugstempo entgegen. Das zeigt der Besuch Nixon's in Peking, der ein Eingeständnis des Scheiterns der amerikanischen Aggressions- und Blockadepolitik gegen das rote China war. Das zeigt die hysterische Reaktion der „New York Times", Sprachrohr von Wallstreet, auf die Reise des japanischen Ministerpräsidenten Tanaka nach Volkschina.

So hetzt die NYT: „Der japanische Ministerpräsident Tanaka hat seinen Frieden mit Rotchina gemacht — und er hat einen Preis dafür bezahlt . . . Als Gegenleistung für sein barsches Beiseiteschieben Tschiang Kai-scheks erhielt Tanaka ein paar Champagner-Toaste, eine fröhliche Verabschiedung durch einen Haufen gutgedrillter chinesischer Kinder und ein Abkommen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Es war von A bis Z ein schlechtes Geschäft. Durch die Abhalfterung Taiwans trägt Tanaka dazu bei, die Verteidigung Japans und des gesamten westlichen Pazifiks zu unterminieren. Darüber hinaus hat er sich ein Land entfremdet, mit dem Tokio viele Jahre lang enge fruchtbare Bindungen — politischer und wirtschaftlicher Art — unterhalten hat. . . ."

Daß sein Bundesgenosse und Konkurrent, der japanische Imperialismus, die Beziehungen zur Volksrepublik China verbessert, kommt dem USA-Imperialismus nicht gelegen. Schließlich wurde Japan gerade von der USA aufgepäppelt, um als Sperrspitze gegen die Länder Ost- und Südostasiens zu dienen. Dem wurde dank der zu, und auch das japanische Volk hatte schwer zu leiden. Die vergangenen Ereignisse sollten nicht vergessen werden und für die Zukunft daraus Lehren gezogen werden. Entsprechend der Lehre des Vorsitzenden Mao unterscheidet das chinesische Volk genau zwischen der kleinen Handvoll von Militaristen und den breiten Massen des japanischen Volkes." Genosse Tschou En-lai betonte weiter, daß es gerade auch der Wille der Völker war, der die Voraussetzungen für eine Normalisierung der Beziehungen schuf. Normalisierung, d. h. vor allem Anerkennung der Regierung der Volksrepublik Chinas als einzig rechtmäßiger Regierung Chinas —. Anerkennung der Tatsache, daß Taiwan unveräußerlicher Bestandteil des chinesischen Territoriums ist —. Regelung aller Streitfragen auf friedliche und gewaltlose Weise unter Anerkennung der Souveränität und territorialen Integrität, des Nichtangriffsprinzips, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen, der Gerechtigkeit und des gegenseitigen Vorteils und der friedlichen Koexistenz.

Die Erkämpfung solcher Beziehungen mit immer mehr kapitalistischen und imperialistischen Staaten

übernahmen die Amerikaner und die Sowjets jeweils gegenseitig diese Rolle. So kam es zu dem beispiellosen Fall, daß bei den Manövern 'strong express', die jetzt im Raum Norwegens stattfinden, die amerikanischen und NATO-Streitkräfte zusammen mit den sowjetischen Truppen übten.

22 Sowjetschiffe, die Hälfte davon U-Boote, die selbstverständlich mit Beobachtungs- und Aufklärungsgeräten ausgerüstet waren, versuchten, dem Apparat der NATO-Schiffe auszuweichen, während die letzteren so bald wie möglich die sowjetischen Schiffe zu entdecken suchten. Dazu meint

fertigen.

Eines muß schon gleich zu Beginn gesagt werden: Hier treffen wir auf eine gefährliche Ausdehnung der Stärkung der imperialistischen Allianz USA-Sowjetunion. Früher suchten die amerikanischen Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten den europäischen Völkern die Unerläßlichkeit von Manövern zu beweisen, indem sie wechselseitig der eine von der sowjetischen, der andere von der amerikanisch-imperialistischen Gefahr sprachen.

Wenn man nun aber gemeinsame Manöver macht, gegen wen ist dann die Kriegsvorbereitung gerichtet? Damit wird zum wie-

und des sowjetischen Sozialimperialismus, die gegen die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker der ganzen Welt gerichtet sind, kommen allmählich zum Vorschein.

Geschehen solcher Art lenken nicht nur die Aufmerksamkeit der europäischen Völker für die Unerläßlichkeit des entschlossenen Kampfes gegen diese sowjetisch-amerikanische Zusammenarbeit auf sich, sondern überzeugen sie auch von der Notwendigkeit, diesen Kampf auf eine höhere Stufe zu heben, ihn wirkungsvoller zu machen, um den imperialistischen und sozialimperialistischen Wölfen, bevor es zu spät ist, Eckzähne und Krallen zu beschneiden.

revolutionären Außenpolitik der VR China ein zweiter Strich durch die Rechnung gemacht. Ministerpräsident, Genosse Tschou En-lai sagte beim Empfang Tanakas: „Zwischen unseren beiden Ländern gab es, geschichtlich gesehen, seit zweitausend Jahren freundschaftliche Kontakte und kulturellen Austausch, die Völker unserer beiden Länder schmiedeten eine tiefe Freundschaft, aber die Aggression der japanischen Militaristen gegen China in dem halben Jahrhundert nach dem Jahre 1894 fügte dem chinesischen Volk ungeheure Leiden

schen und imperialistischen Staaten ist ein großer Sieg des roten China an der diplomatischen Front. Die Träume der Supermächte von einer Einkreisung Chinas sind gescheitert.

Auch der BRD-Imperialismus muß jetzt seine Beziehungen zu Peking normalisieren. Auch hofft Bonn seine Handelspositionen mit der VR China in Konkurrenz mit anderen imperialistischen Mächten, zu verbessern. Auch Bonn muß von der Veränderung des Kräfteverhältnisses in Ostasien ausgehen.

ES LEBE DIE FREUNDSCHAFT ZWISCHEN DEM DEUTSCHEN UND DEM CHINESISCHEN VOLK!

ES LEBE DIE REVOLUTIONÄRE AUSSENPOLITIK DER VOLKSREPUBLIK CHINA!

Sieg im vietnamesischen Volkskrieg !

WÄHREND die Propaganda-Maschine der amerikanischen Wahlen immer neue Lügen über Nixons angebliche Friedenspläne verbreitet, wird der Kampf in Vietnam immer heftiger. Die Befreiungsstreitkräfte sind auf unaufhaltsamem Vormarsch.

So wurde ein Angriff auf Saigon von 3 Seiten begonnen. Die „regionale Zivilverwaltung" in der Umgebung Saigons schloß sich den FNL-Truppen an, ebenso auch die aus Saigon evakuierten Bewohner der Elendslager vor den Toren der Stadt. Die wichtigsten Straßenverbindungen nach Saigon, die Nationalstraßen 1 und 13 sind zum großen Teil in der Hand der Befreiungsstreitkräfte. Eine Brücke, nur 25 km vor Saigon, wurde gesprengt.

Die US-Gangster konnten sich nur noch helfen, indem sie Bombenteppiche warfen, so nahe bei Saigon wie noch nie seit 1968. Ebenso terrorisierten die Völkermörder den Norden des Landes. Tausende Tonnen Bomben regneten auf das Land herab. So wurden zum Beispiel am 8. Oktober zwei Stauwehre und ein Staudamm bombardiert, am 11. Oktober bei einem Angriff auf das Zentrum Hanois die französische Botschaft zerstört. Auch das Textilzentrum in Nam Dinh wurde zu 70 % zerstört.

Über all das soll das mit Wahlkampfgetrommel ‚beruhigte' amerikanische Volk nichts erfahren. So wurde vom US-Repräsentatenhaus einstimmig das „Lex Fonda" gebilligt. Mit diesem Gesetz kann ein Amerikaner, der nach Nordvietnam reist, mit 10 Jahren Zuchthaus bestraft werden. Außerdem will die Pentagon-Bande verhindern, daß heimkehrende Kriegsgefangene über die amerikanischen Verbrechen berichten. Die im September aus nordvietnamesischer Gefangenschaft zurückkehrenden US-Soldaten, mußten unterschreiben, nichts zu berichten. Andernfalls hätten sie nicht heimkehren dürfen oder sie hätten mit hohen Gefängnisstrafen vor dem Militärgericht rechnen müssen. Wieder zeigt sich, wie sehr Nixon die Heimkehr der amerikanischen Kriegsgefangenen ‚am Herzen liegt'.

Es zeigt sich, was von Nixons Friedenslügen zu halten ist.

Der blutbeschmierte US-Imperialismus muß niedergerungen werden. Versetzen auch wir ihm in Westdeutschland und Westberlin immer heftigere Schläge.

TOD DEM HAUPTFEIND DER MENSCHHEIT, DEM US-IMPERIALISMUS!

Bestellschein

HIERMIT BESTELLE ICH:

AB NUMMER ....

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

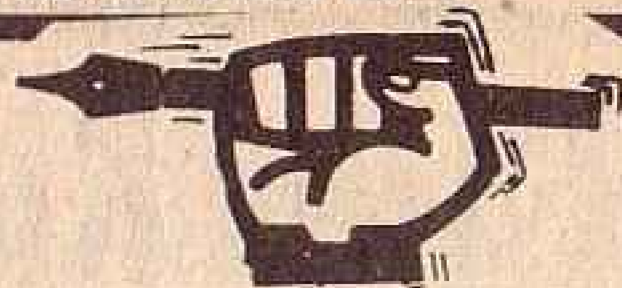
Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Bestellungen an:
87 Würzburg,
Postfach 612

Der ROTE MORGEN erscheint alle 14 Tage und kostet pro Jahr (26 Ausgaben) einschließlich Porto DM 11.-. Dieser Betrag ist im Voraus auf das Postscheckkonto Hamburg 262767 (E. Aust) zu zahlen. Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden.

NAME, VORNAME ....
BERUF ....
POSTLEITZAHL, ORT ....
STRASSE ....
DATUM ....
UNTERSCHRIFT ....

LESER BRIEFE



Genossen!

Am Freitag, 22. 9. 72 ereignete sich in der Mensa der Technischen Universität Berlin folgendes: Gegen 11.30 Uhr betraten 3 Zivilbullen die Vorhalle, wo sich auch der Lit-Stand des KSB/ML befindet. Sie wollten einen syrischen Kommilitonen verhaften und schleppten ihn in Richtung Eingangstür. Der Kommilitone schrie vor Schmerzen auf; Studenten scharten sich um die Bullen und protestierten. Die Bullen hatten den Kommilitonen bereits zur Tür geschleppt, als es uns wieder gelang, sie hineinzudrängen und dicht zu umringen. Dem Kommilitonen hatten sie aber inzwischen Handschellen angelegt, die ein Bulle mit beiden Händen festhielt, damit er nicht fiehen konnte.

Während die Studenten mit den Bullen noch über Fragen des Hausrechts usw. diskutierten, riefen diese inzwischen Verstärkung heran. Die 3 Bullen waren ganz blaß und schlotterten vor Angst. Erst als die Verstärkung (etwa 1 Dutzend Schupos) eintraf, wurden sie wieder frecher.

Als wir einen Befreiungsversuch unternahmen (was natürlich zu diesem Zeitpunkt schon viel zu spät war, rief einer der Zivilbullen: „Achtung Manfred, Einsatz", worauf alle Bullen ihre Knüppel zogen und brutal auf jeden eindroschen. Es entwickelte sich eine kurze aber heftige Schlägerei. Etwa 100 Studenten beteiligten sich daran. Viele standen auch an den Wänden und schauten zu. Zum Schluß gelang es den Bullen trotz allem, den syrischen Kommilitonen abzuführen und noch 2 Studenten dazu. Unter empörten Rufen wie „Nazischweine" und „Dreckskerle" flüchteten sie mit ihren Gefangenen in ihre Fahrzeuge.

Dem syrischen Kommilitonen wurde irgendein Diebstahl zur Last gelegt. Wir konnten das nicht nachprüfen, ist ja aber auch egal: So können sie es mit jedem Genossen machen! Die Bullen beriefen sich darauf, daß „Gefahr im Verzuge" sei, was ihnen das Recht gebe, jederzeit und überall zu verhaften.

Der KSB/ML verteilte am Montag darauf gleich ein Flugblatt, in dem den Studenten die Bedeutung dieses Überfalls erklärt wurde.

Ich war Zeuge und mitbeteiligt an dem Vorfall und muß Selbstkritik üben, daß ich erst jetzt den Bericht an Euch schreibe. Als ich den ROTEN MORGEN las, war mir aber sofort klar, daß dies wichtig ist und im Zusammenhang zu sehen ist mit der Verschärfung der faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen gegen revolutionäre Organisationen und dem drohenden Verbot der Partei und sich in anderen Städten vielleicht in ähnlicher Weise ereignet hat.

Wir haben natürlich große Fehler gemacht bei der Sache. Vor allem hätten wir nicht lange herumschwätzen dürfen, sondern hätten handeln müssen, bevor die Verstärkung da war. Das zeigt, wie wenig wir noch auf solche Situationen vorbereitet sind, die in Zukunft ja nicht ab-, sondern zunehmen werden. Im neuen ROTEN MORGEN ist das Nötige dazu gesagt, und wir werden es uns zu Herzen nehmen!

Aktiver Wahlboykott!

"Warum stellt sich die KPD/ML nicht zur Wahl? Wenn die KPD/ML nicht kandidiert, sollen wir dann zu Hause bleiben oder die Wahlzettel ungültig machen?" Das fragen uns immer wieder Kollegen und Genossen.

Die KPD/ML tritt wie jede marxistisch-leninistische Partei konsequent den Illusionen entgegen, man könne 'über die Erringung von Parlamentsmehrheiten den Weg zum Sozialismus einschlagen'. Auch in Westdeutschland und Westberlin kann die Diktatur des Monopolkapitals nur auf dem Weg der bewaffneten Revolution beseitigt und die Diktatur des Proletariats errichtet werden. Die herrschende Kapitalistenklasse tritt nicht freiwillig ab und beugt sich nicht einer parlamentarischen Entscheidung, durch die sie ihre Herrschaft bedroht sieht. Sie wird sich mit Zähnen und Klauen, mit blutigem Terror verteidigen! Darüber dürfen wir uns keinen Moment Illusionen machen. Lenin nannte diejenigen, die den Weg zum Sozialismus über das Parlament propagierten, "Schufte oder Einfaltspinsel". Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Aktion der Massen - wichtiger als parlamentarische Aktion

Für Kommunisten gibt es auch über die Bedeutung von Parlamentswahlen im Verhältnis zu den wichtigeren Fronten des Klassenkampfs keinen Zweifel.

"Die Aktion der Massen – z.B. ein großer Streik – ist immer und keineswegs nur während der Revolution oder in einer revolutionären Situation wichtiger als die parlamentarische Aktion" (Lenin: "Der linke Radikalismus ...")

Diese Einschätzung von parlamentarischen Aktionen schließt aber eine Beteiligung an bürgerlichen Parlamentswahlen nicht grundsätzlich aus. Die Kommunisten haben sich von jeher gegen 'links'radikale Vorstellungen gewandt, daß eine Wahlbeteiligung überhaupt nie durchschaut haben: das müssen auch die breiten Massen der Arbeiterklasse erkennen. Dafür kämpft die Kommunistische Partei. Die Entlarvung des bürgerlichen Wahlschwindels kann zusätzlich auch von der Tribüne des Parlaments erfolgen. Viele kommunistische Parteien, auch die KPD Ernst Thälmanns, haben diese Aufgabe hervorragend erfüllt.

Ausgehend von dieser allgemeinen Einstellung zu Parlamentswahlen wenden die Kommunistischen Parteien je nach den konkreten Bedingungen zu verschiedenen Zeiten verschiedene Taktiken bei Parlamentswahlen an. Sie reichen von der Wahlbeteiligung über den Wahlboykott bis zum Auseinanderjagen bzw. Festsetzen des Pargen, so hätten wir eine Tribüne, von der aus wir den Kapitalismus und Imperialismus entlarven und unser Ziel propagieren köntnen: Verjagung der bürgerlichen Schwätzerparlamente und Errichtung der sozialistischen Rätemacht.

Im Kapitalismus gibt es keine freien Wahlen

Wie sind für uns heute die Bedingungen, um in Westdeutschland kommunistische Kandidaten in den Bundestag zu bringen?

Vergessen wir nicht: 'Freie Wahlen' gibt es nicht unter der Diktatur der Kapitalistenklasse. unter dem Joch der Lohnsklaverei, unter den bewaffneten Organen der kapitalistischen Staatsmacht. Lenin stellte nach der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs fest: 'Freiheit bedeutet in einer der freiesten und fortschrittlichsten Republiken der Welt, in der deutschen Republik, die Freiheit, die verhafteten Führer des Proletariats ungestraft zu ermorden.' (Kongreß der kommunistischen Internationale)

Die Bonner 'Demokratie' ist aber gegenüber der Weimarer Republik noch zusätzlich gestutzt und beschnitten. Fast alle Möglichkeiten, zur offenen Terrorherrschaft überzugehen, sind durch die Notstandsgesetze

Vorwärts zum Sieg! Mit kommunistischem Gruß:
ein Genosse der Hochschulgruppe TU des KSB/ML Westberlin

ROTE GARDE COBURG an den ROTEN MORGEN

Nachdem die Rote Garde in Coburg gegründet wurde, stellten wir uns gleich mit einem ersten Flugblatt vor. Das Flugblatt fand bei den Arbeitern der Betriebe Käser und Waldrich, vor allem bei Käser, großen Anklang. Wir verkauften gleich 15 ROTE MORGEN.

Doch die Bonzen schlafen nicht. Sie schickten zuerst uniformierte Bullen, die das Flugblattverteilen verboten. Dann PoPo's (politische Polizei), die den RM-Verkauf verboten (inzwischen mußten sie beides wieder erlauben). Ein Genosse wurde wegen ‚erkennungsdienstlicher Maßnahmen' mitgenommen. Tage später mußten weitere 3 Genossen zu den Bullen. Sie stehen wegen München unter ‚Verdacht von Landesfriedensbruch, schwerer Körperverletzung und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt'.

(Die Genossen der ROTEN GARDE Coburg berichten weiter, wie sie sich nicht einschüchtern ließen und sofort die Arbeit anpackten: Zur Verankerung in den Massen, zum Kampf gegen den Opportunismus und Revisionismus. So nahmen sie erfolgreich die Arbeit in einem Sportverein auf. Ferner organisierten sie 2 Veranstaltungen. Hier der Bericht von einer:)

„Diesmal waren überwiegend Proletarier anwesend. Als ein Genosse über Mietwucher und Wohnungsnot redete, wurde er immer wieder von einem früheren Nazi und jetzigen Sozialdemokrat gestört. Dessen Geschwätz erntete nur Gelächter. Als er die Veranstaltung nicht mehr stören konnte, verdrückte er sich. Dann sprach ein Arbeitergenosse, der auch die Veranstaltung sehr gut leitete, über Militarisierung und Faschisierung und über die Gewerkschaftspolitik der KPD/ML. Die Arbeiter, besonders die älteren unter ihnen, spendeten viel Beifall. Ein alter Arbeiter, der mit Spitznamen „Stalin" genannt wird, erzählte von seinen Erlebnissen während 11 Jahre KZ und 10 Jahre Gefängnis Straubing. Besonders entlarvte er die Katzbuckelrolle des Arbeiterverräters Schumacher. Gemeinsam sangen wir „Brüder, zur Sonne zur Freiheit" mit dem Wissen, daß unsere Klassenfeinde zum Teufel gejagt werden! Vorwärts mit der KPD/ML!

Wir danken allen Genossen für ihre Unterstützung!

22.8.	F.B., Karlsruhe	10.– DM
30.8.	Genossen aus Wilhelmshaven	40.– DM
7.9.	Axt, Westberlin	9.– DM
9.9.	Ortsgruppe Kassel	50.– DM
11.9.	Kollegin von Hanomag Henschel, Kassel	29.– DM
12.9.	D.H., 4703 Bönen	50.– DM
12.9.	A.Z., Dorfen (Obb.)	1.20 DM
15.9.	Siemens-Kollegen, Westberlin	100.– DM
15.9.	Berliner Genossen	70.– DM
25.9.	E.L., Mannheim	22.50 DM
2.10.	F.E., Marburg	50.– DM
3.10.	Stützpunkt Erding	300.– DM
4.10.	E.B., Albi/Frankreich	10.– DM
4.10.	G.B., Westberlin	9.– DM
5.10.	Genossen aus Wilhelmshaven	50.– DM
Macht zusammen:		800.70 DM

in Frage kommt. Es reicht nicht aus, daß die Kommunisten den Betrug des Parlamentarismus

laments in der entscheidenden Zuspitzung des revolutionären Kampfes.

Illusionen über den Wahlbetrug schwinden

Die Schiebereien und Bestechungen im Bundestag, der Kauf von Abgeordneten, die wie Schweine den Futtertrog wechseln, haben viele Illusionen der westdeutschen Arbeiterklasse über die parlamentarische "Demokratie" zerstört. Daß die bürgerlichen Parteien vor der Wahl alles versprechen und nach der Wahl – egal welche Partei gewinnt – eine Politik für das Kapital und gegen die Arbeiterklasse betreiben, das spüren immer mehr Arbeiter. Die Septemberstreiks 1969 unmittelbar vor der Wahl und die jetzt wieder anrollende Streikbewegung zeigen klar: ein großer Teil der Arbeiterklasse merkt, daß er durch seinen entschlossenen Kampf mehr erreicht als wenn er auf die Wahllügen und -Versprechungen der bürgerlichen Parteien vertraut.

Schließlich geben selbst bürgerliche Statistiken zu, daß 11 % der Wähler, mehr als bei den letzten Wahlen sagen: Wir versprechen uns keine Änderung durch die Wahl. Schließlich schreibt die Frankfurter Allgemeine in einem warnenden Kommentar an ihre bürgerlichen Leser:

"Bei keiner der sechs vorangegangenen Bundestagswahlen dürfte die Gruppe der Bürger so groß gewesen sein, die ihr Votum für eine der angebotenen politischen Gruppierungen lustlos und voll inneren Zwiespalts abgibt".

Sicher, die Betrugsmanöver der Kapitalisten und ihr Wahlschwindel werden von einem wachsenden Teil der Arbeiterklasse durchschaut und die Propaganda der KPD/ML zur Aufdeckung des ganzen Betrugs von der "freiheitlichen Grundordnung" stößt auf immer mehr Resonanz. Aber machen wir uns nichts vor. Für die westdeutsche Arbeiterklasse ist die bürgerliche "Demokratie" heute noch nicht erledigt. Kommunistische Parteien haben sich an Parlamentswahlen noch beteiligt, als in den Massen die Illusionen über die parlamentarische Demokratie schwerer erschüttert waren, als sie gegenwärtig bei uns sind. Deshalb kann man allein vom gegenwärtigen Bewußtseinsstand der Arbeiterklasse die Notwendigkeit zum Wahlboykott auch nicht ableiten. Würden wir sogar aus der Propagandalosung "Jagt sie davon, die Bonzen in Bonn" heute eine Aktionslosung machen (unmittelbar zur sofortigen Verjagung der Bonner Schwatzbude auffordern) dann würden wir über das Bewußtsein der Massen sogar völlig hinweggehen und uns restlos isolieren.

Wahlbeteiligung ?

Sicher, eine Wahlbeteiligung könnte Vorteile bringen:

Wir könnten Erstattung von Wahlwerbungskosten fordern;

Wir könnten Zugang zur bürgerlichen Presse, Rundfunk und Fernsehen fordern;

Wir würden die Absichten der Bourgeoisie, die KPD/ML zu verbieten, erschweren, da sie dann das Parteiengesetz auf uns anwenden müßte und nicht so leicht ein Verbot allein aus der Behauptung 'kriminelle Vereinigung' ableiten könnte;

Wenn es gelänge, einen Kandidaten ins Parlament zu brin-

bestimmungen bereits 'legal' ins Grundgesetz eingebaut. Die beschnittene Wahlgesetzgebung, Ausnahmerechte, Notstandsgesetzgebung, KPD-Verbot, das sind Absicherungen des Monopolkapitals wie es seine Herrschaft mit allen Mitteln des staatlichen Terrors sogar noch unter dem Tarnmantel 'Erhaltung der Demokratie' aufrechtzuerhalten gedenkt. Zudem ist die 5%-Klausel gegenwärtig für unsere junge Partei ein Hindernis, das auch bei Aufbietung aller Kräfte kaum überwunden werden kann. Die westdeutschen Imperialisten haben zwar, um sich einen demokratischen Anstrich zu geben, das KPD-Verbot einige Jahre nicht voll angewendet; heute lassen sie diese Maske wieder fallen.

Angesichts der jüngsten staatlichen Terrormaßnahmen und der Kommunistenverfolgung kann man sich vorstellen, daß sie uns alle Hindernisse, ob 'legal' oder nicht, in den Weg legen werden. Z.B. würden sie zu verhindern suchen, Wahlkosten zu erstatten, Kommunisten im bürgerlichen Propagandaapparat von Presse, Funk und Fernsehen zu Wort kommen zu lassen und kommunistische Kandidaten offen auftreten zu lassen. Es wären gewaltige Anstrengungen durch die KPD/ML notwendig, um vor den Massen diese Manöver zu entlarven. Teure Prozesse müßten geführt werden, um zu entlarven, wie die Bourgeoisie über ihre eigenen Gesetze hinweggeht, um Kommunisten von der Wahlbeteiligung auszuschließen. Hunderttausende von Flugblättern müßten wir drucken, um trotz der riesigen Propagandamaschine der bürgerlichen Parteien, der gleichgeschalteten Presse usw. unsere Kandidaten bekannt zu machen.

Vor all diesen Hindernissen kapitulieren wir nicht. Aber um gegen all diese Hindernisse und Knüppel, die die herrschende Klasse uns in den Weg legt, ▶

richtig anzukämpfen, müßten wir bei den gegenwärtig noch geringen Kräften alle Kräfte auf den Wahlkampf konzentrieren, wir müßten sie dort zeitweise abziehen, wo sie gegenwärtig am dringendsten gebraucht werden. In einer Situation, wo die jüngste Streikwelle der Metallarbeiter heranrollt, wo sich die Partei in den Betrieben verankert, wo den Kapitalisten an dieser Front des Klassenkampfes immer härtere Schläge versetzt werden, ist es falsch, unsere Kräfte voll auf den Wahlkampf zu konzentrieren. Nebenbei aber kann diese Aufgabe unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht gelöst werden.

Keine Gefährdung unserer Sympathisanten

Bei einer Wahlbeteiligung würden nicht nur die Kandidaten der Bourgeoisie bekannt. Sondern wir müßten Tausende von Unterschriften abgeben. Bei einer Beteiligung im ganzen Bundesgebiet sogar -zig-tausende. Abgesehen davon, daß wir auch bei Anspannung aller Kräfte diese Unterschriften im ganzen Bundesgebiet nicht aufbringen würden, werden wir die Kollegen, die die KPD/ML unterstützen, der Bourgeoisie nicht auf einem Tablett servieren. Da die Partei erst am Beginn ihrer Verankerung in den Massen steht, wäre diese breite Offenlegung von Genossen und Kollegen, die bereit sind, die Partei zu unterstützen, ein schwerer Fehler. Jetzt, wo täglich Genossen verfolgt, verhaftet, aus Betrieb und Schule geworfen werden, würden sie und alle, die offen auftreten, der gleichen Gefahr ausgesetzt sein. Diese Sympathisanten werden wir nicht gefährden. Wir brauchen ihre Unterstützung, ohne sie der Bourgeoisie zu nennen, in den kommenden Kämpfen für wichtigere Aufgaben, als es die Unterschrift unter einen Wahlvorschlag ist.

Aktiver Wahlboykott !

Die KPD/ML wird deshalb keine Kandidaten zur Wahl aufstellen. Das heißt nicht, daß wir uns nicht am Wahlkampf beteiligen. Im Gegenteil. Wir werden unser Programm des Sozialismus dem Programm des Kapitalismus der bürgerlichen Parteien entgegenstellen. Wir werden auch bei Veranstaltungen und Kundgebungen der D'K'P, der SDAJ und Jusos den revisionistischen Funktionären entgegentreten, die fortschrittliche Arbeiter vor den Karren des bürgerlichen Wahlschwindels zerren wollen und die Propaganda für die 'Demokratie' der Kapitalistenklasse verbreiten wollen. Wir werden gerade während des Wahlkampfes immer wieder aufdecken und beweisen: Die bürgerlichen Parlamentswahlen dieser verlogenen Demokratie fü die Kapitalistenklasse kämpft, der wird überall von den Kapitalistenbütteln verfolgt, behindert und bedroht. Aber dies wird unseren Kampf nicht brechen. Umso konsequenter und härter werden wir ihn führen!

Wir rufen die Massen auf, nicht zu Hause zu bleiben, sondern mit uns zu agitieren und zu kämpfen.

Nicht zu Hause bleiben, sondern noch im Wahllokal agitieren! Gebt keinem Volksbetrüger euer Kreuz, auch nicht der Arbeiterverräterpartei D'K'P. Sondern Strich durch die Rechnung! Schreibt eure Meinung über den parlamentarischen Schwindel

Metallerjugend - auf zum Kampf !

Gerade unter den jungen Kollegen wächst die Unzufriedenheit. Die Preise steigen immer mehr, die Bonzen werden immer fetter und wir knappsen hinten und vorne. Alle Kollegen murren, aber gerade die Jugend will das nicht mehr mitmachen. Das ist kein Wunder. Die Arbeiterjugend im Kapitalismus spürt die Ausbeutung und Unterdrückung besonders stark. Die Jugend wird bei allen kommenden Kämpfen in vorderster Front stehen. Und auch bei den jetzt auf uns zu kommenden Lohnkämpfen in der Metallindustrie. Nicht nur die Kollegen bei Klöckner, Humboldt Deutz, bei Krupp und bei Opel Bochum haben schon gestreikt, nein auch junge Arbeiter und Lehrlinge haben in diesem Jahr schon gekämpft. In Kiel streikten bereits im Juni mehrere Hundert Lehrlinge. Ihre Forderung:

100 MARK MEHR FÜR ALLE!

Junge Arbeiter, Lehrlinge! Wie siehts denn in eurer Lohntüte aus? Ihr schafft genauso wie die älteren Kollegen! Aber aus euch pressen die Geldsäcke noch mehr heraus! Die jungen Arbeiter bekommen teilweise bis zu 30 % weniger Lohn. Nur weil sie jünger sind. Frauen leisten oftmals das gleiche wie ihre männlichen Kollegen, sie werden von vorneherein in Leichtlohngruppen eingestuft. Das ist die "berühmt"-berüchtigte kapitalistische Gerechtigkeit.

So wollen die Kapitalisten einen Keil zwischen die jüngeren und älteren Arbeiter, zwischen Männer und Frauen treiben. Dagegen werden wir den Kampf aufnehmen.

GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT!

WEG MIT LEICHTLOHNGRUPPEN UND ALTERSABSCHLÄGEN!

Gibt es jemand, der für 250 Mark im Monat arbeitet? Jeder Kollege, der nicht mehr in der Lehre ist, würde nur lachen, wenn er für 250 Mark im Monat arbeiten soll. Lächerlich finden es die Lehrlinge ja auch, nach einem Monat harter Arbeit, so ein Almosen in der Lohntüte zu finden. Jawohl, harte Arbeit! Die Lehrlinge arbeiten den größten Teil ihrer Lehre Seite an Seite mit den älteren Kollegen in der Produktion. Das ist auch richtig so! Wo sollen es die Lehrlinge denn sonst lernen. Die Dinge, die man später braucht, um seine Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen, die lernt man am besten in der Produktion selber.

Es gibt ja auch einige Spinner, die fordern Staatliche Lehrwerkstätten oder einen 2. Berufsschultag! Diesen Leuten sagen wir hier nochmal, was man für die Produktion braucht, das lernt man auch am besten in der Produktion. Direkt Seite an Seite mit den älteren Kollegen, denn die haben ja die Erfahrung. Und auch die Erfahrung im Klassenkampf, die sich die Jugend noch aneignen muß.

Aber, **für die Arbeit in der Produktion wollen wir auch Arbeiterlohn !**

Für die Zeit, die wir nicht in der Produktion sind, brauchen wir soviel, daß wir davon leben können.

Von den paar lausigen Kröten, die wir momentan noch kriegen, sollen wir uns auch noch Bücher, Berufskleidung usw. kaufen. Das ist ja ein Witz! Wer profitiert denn im Endeffekt von der Ausbildung? Die Kapitalisten natürlich! Im Kapitalismus bekommen die Arbeiter und kleinen Angestellten nur immer soviel, daß es für die Familie zum Essen, zum Wohnen und mit Stottern noch für ein Auto reicht. Egal ob man eine abgeschlossene Lehre hat oder nicht. Die meisten Handwerkslehrlinge müssen später sowieso umsatteln. Deshalb fordern wir:

VOLLE BEZAHLUNG DER LEHRMITTEL!

Kein Mensch kann von 15 Mark am Tag Urlaub machen. Nach Meinung der Kapitalisten können die Lehrlinge aber von 10 Mark am Tag Urlaub machen. Denn sie bekommen nur soviel Urlaubsgeld. Den Reiseunternehmer, die Pension sollen uns die Kapitalisten mal zeigen, wo es Lehrlingspreise gibt. Deshalb:

VOLLES URLAUBSGELD FÜR ALLE LEHRLINGE!

Die Lehrzeit dauert 3 Jahre, in manchen Fällen sogar noch ein halbes Jahr länger? Wieso so lange? Ein Lehrling leistet fast genauso viel wie ein Arbeiter und kostet aber viel weniger. Deshalb ist der Kapitalist natürlich daran interessiert, daß die Lehrlinge möglichst lange Lehrling bleiben. Deshalb fordern wir:

GENERELLE VERKÜRZUNG DER LEHRZEIT AUF 2 JAHRE!

Die Geldsäcke wissen na-

decken und beweisen. Die bürgerlichen Parlamentswahlen sind ein gewaltiger Volksbetrug. Wer diesen Betrug beim Namen nennt und für die Abschaffung

Schreibt eure Meinung über den parlamentarischen Schwindel, über Ausbeutung und Unterdrükkung im Bonner Staat auf den Stimmzettel!

AKTIVER WAHLBOYKOTT! WÄHLT: KLASSENKAMPF!

JAGT SIE DAVON, DIE BONZEN IN BONN!

NIEDER MIT DEM PARLAMENTARISCHEN SCHWINDEL!

GEGEN DAS KAPITAL UND SEINE PARTEIEN
DIE GESCHLOSSENE KAMPFFRONT DER ARBEITERKLASSE

VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!

in der Produktion selber.

können.

FÜR ALLE LEHRLINGE 80% VOM FACHARBEITERLOHN!

Das muß die Forderung aller Lehrlinge in Stadt und Land werden. Wieso denn aller Lehrlinge? Gibt es nicht die unterschiedlichen Lehrjahre? Müssen die Lehrlinge da nicht auch unterschiedlich bezahlt werden?

Die unterschiedliche Bezahlung der einzelnen Lehrjahre ist ein übler Trick der Kapitalisten, um Uneinigkeit und Zwietracht in die Reihen der Lehrlinge zu säen. Ob ein Lehrling aus dem 2. Lehrjahr 50 Gewinde in der Stunde fräst oder ein Lehrling aus dem 3. Lehrjahr 54 Gewinde schafft, ist doch für uns unbedeutend. Die Staffelung in Alter und in Lehrjahr dient nur zur Spaltung der Lehrlinge. Dient nur dazu, den einheitlichen Kampf der Lehrlinge zu spalten.

WEG MIT DER STAFFELUNG NACH ALTER UND LEHRJAHR!

Wir Kommunisten sind keine Träumer und keine Spinner. Wir wissen, die Forderung nach 80% vom Facharbeiterlohn für alle Lehrlinge, können wir heute noch nicht durchsetzen. Dazu sind wir noch nicht stark genug. Dafür müssen alle Lehrlinge gemeinsam mit den älteren Kollegen kämpfen. Das heißt aber nicht, daß wir uns nicht um den Kampf der Lehrlinge kümmern, daß wir warten, bis alle Lehrlinge bereit sind, für 80 % vom Facharbeiterlohn zu kämpfen. Unsere Kampf-Losung für die diesjährige Metalltarifbewegung ist:

FÜR ALLE LEHRLINGE DEN LOHN DES DRITTEN LEHRJAHRS UND 100 MARK DAZU!

Das wird in diesem Jahr die Kampflosung bei jedem Streik, bei jeder Kampfaktion sein. Jeder Lehrling in jedem Metallbetrieb muß sich diese Forderung zu eigen machen! Stellt diese Forderung den Spalterforderungen der IGM gegenüber!

VORWÄRTS UND NICHT VERGESSEN DIE SOLIDARITÄT!

Die Geldsäcke wissen natürlich auch, daß besonders Ausgebeutete besonders kampfbereit sind! Deshalb haben sie einem Teil der Arbeiterjugend, den Lehrlingen, das Streikrecht genommen. Der größte Teil der Arbeiterklasse hat sich in langen, harten Kämpfen das Streikrecht erkämpft. Die Lehrlinge lassen sich dieses Recht nicht länger vorenthalten. Sie werden sich das Streikrecht ebenfalls erkämpfen. Sie lassen sich doch nicht zu Streikbrecherdiensten verwenden!

STREIKRECHT FÜR LEHRLINGE!

Wir wären schön dumm, würden wir warten, bis die Kapitalistenklasse den Lehrlingen das Streikrecht zugesteht. Wir werden uns das Streikrecht durch Streik erkämpfen! Dieses Jahr fangen wir damit an!

Jungarbeiter! Lehrlinge!

Die deutsche Arbeiterjugend hat eine ruhmreiche Tradition. Die Tradition Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts und Ernst Thälmanns. Die deutsche Arbeiterjugend führte schon immer einen harten Kampf gegen den Imperialismus, Militarismus und die besondere Ausbeutung der Jugend! Gerade die Metallerjugend stand immer an der Spitze der Kämpfe. Geführt durch den revolutionären Jugendverband, den Kommunistischen Jugendverband Deutschlands, kämpfte sie um gleichen Lohn für gleiche Arbeit, die Verkürzung der Lehrzeit, die Verkürzung der Arbeitszeit und vor allem gegen das kapitalistische Ausbeutersystem. Metallerjugend, es gilt jetzt, diese Tradition unter dem Banner der **ROTEN GARDE** fortzusetzen. Es gibt kein Zurück, sondern nur ein Vorwärts.

METALLERJUGEND - VORWÄRTS!

Kämpft für die kommunistische Wochenzeitung ROTER MORGEN!

Kollegen, Genossen!

Seit der Säuberung von den Liquidatoren macht die Partei auf allen Gebieten große Fortschritte. Mit der klaren Ausrichtung auf die Arbeiterklasse, mit der festeren Verankerung der Partei in den Großbetrieben, hat sich auch der ROTE MORGEN ständig verbessert. Die Partei hat ihre zeitweiligen Tendenzen zur reinen Propagandapartei überwunden, das spiegelt sich auch im ROTEN MORGEN wieder. Heute, wo die Partei über 40 Betriebs- und Stadtteilzeitungen herausgibt, muß der ROTE MORGEN über alle wichtigen Ereignisse des Klassenkampfs berichten und eine klare Ausrichtung geben. Diese Aufgabe kann nicht mehr richtig gelöst werden, solange der ROTE MORGEN nur alle 14 Tage erscheint. Das ZK der KPD/ML hat deshalb den Beschluß gefaßt:

Ab 1. Januar 73, dem 4. Jahrestag der Gründung der Partei, erscheint der ROTE MORGEN wöchentlich.

Der ROTE MORGEN hätte sich nicht so entwickeln können, wenn er nicht immer wieder, besonders in schwierigen Situationen von seinen Lesern, Kollegen und Genossen unterstützt worden wäre. Auf diese Unterstützung ist der ROTE MORGEN in Zukunft noch mehr angewiesen. Sagt offen, was am ROTEN MORGEN gut, was schlecht ist, was verbessert werden muß. Schreibt, wo der ROTE MORGEN politische Fehler macht, sich unklar ausdrückt oder über die Köpfe der Massen hinweggeht. Macht selbst Artikelvorschläge, oder schreibt Artikel.

Berichtet über den Klassenkampf, aus Betrieb, Gewerkschaft und Bundeswehr, von spontanen Kämpfen in Stadt und Land, von Schweinereien der Kapitalisten und ihrer Staatsbüttel. Wir brauchen Informationen vor allem aus Gebieten, wo die Partei heute noch nicht kämpft. Schickt uns Berichte über Kämpfe, von denen ihr hört, die aber von der bürgerlichen Presse verschwiegen oder nur im Lokalteil erwähnt werden. Sie müssen nicht lang sein und auf die schöne Sprache kommt es nicht an. Schickt, wenn es möglich ist, auch Bilder dazu. So unterstützt ihr uns, die Wahrheit über diesen Ausbeuterstaat und die anschwellenden Kämpfe der Arbeiterklasse und aller Ausgebeuteten zu berichten. So arbeitet ihr mit daran, daß der ROTE MORGEN noch besser die Aufgabe erfüllt, Sprachrohr der Massen und eine scharfe Waffe der Arbeiterklasse zu sein. Daß wir auf dem richtigen Weg sind, erkennen wir auch an den Reaktionen des Klassenfeinds: Die Anklagen und Beschlagnahmen des ROTEN MORGEN häufen sich. Wir werden uns durch diese Terrormaßnahmen nicht einschüchtern lassen. Wir werden weiter die Wahrheit schreiben und sie auch bei zunehmender Faschisierung zu verbreiten wissen.

Der ROTE MORGEN hätte ohne die Hunderte von Spenden, nicht regelmäßig herausgegeben werden können. Wir möchten noch einmal allen Kollegen und Genossen für diese Gelder danken, die oft vom Munde abgespart wurden, Wir sind auf diese Unterstützung auch in Zukunft angewiesen, denn trotz steigender Auflagenzahl (pro Nummer mehr als 300 Exemplare), trotz aller Spenden sind die Schulden angewachsen. Z.B. schluckt heute vom Jahresabonnementpreis von 11 Mark allein DM 5.20 die Post. Dieser Schuldenberg muß schnellstens abgetragen werden. Und wir brauchen noch mehrere Tausend Mark für die technische Umstellung auf die Wochenzeitung. Der ROTE MORGEN soll nicht nur wöchentlich erscheinen, sondern aktueller werden. Dazu muß die Frist zwischen Redaktionsschluß und Erscheinungstermin um mehrere Tage verkürzt werden.

Deshalb rufen wir auf zur **Spendenkampagne "Wochenzeitung ROTER MORGEN"**

Rot Front
RM-Redaktion

Spendenkonto:
Postscheckkonto Hamburg
Nr. 26 27 67

Kampf der Kommunistenverfolgung !
Schluss mit dem Terror gegen fortschrittliche Menschen !

In München sind sie aus der Reserve hervorgekommen, die Genscherbullen, die Schläger von Polizei und Bundesgrenzschutz. Sie wollten uns den Knüppel zeigen und haben die Faust der Arbeiterklasse zu spüren gekriegt. Sie sind schwer getroffen in den Clinch gegangen, mitsamt ihren Hintermännern, von Brandt bis Heinemann, von Krupp bis Thyssen. Solche Niederlagen kann die Bourgeoisie nicht verwinden. Ihre Reaktion heißt Steigerung des Terrors und der Unterdrückungsmaßnahmen, Verfolgung all jener, die ihrer Klassendespotie im Wege stehen. Ihre ersten Opfer waren die elf eingekerkerten antiimperialistischen Kämpfer von München, waren die 16 Leichen von Fürstenfeldbruck.

Darum hat die KPD/ML aufgerufen, sich gegen diese verschärfte Faschisierung des Bonner Staatsapparates zusammenzuschließen, eine breite Front zu schaffen, die sich um die politisch Verfolgten zusammenschließt, die mit solidarischer Kraft unsere Freunde und Genossen aus den Fängen der Bourgeoisie befreit. Mit diesem Ziel sollte das Solidaritätskomitee gegründet werden. Unser zentraler Kampfruf hieß:

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Heute sind die Verfolgungsmaßnahmen und Terrorakte gegen alle fortschrittlichen Menschen schon bedeutend weiter gediehen. Die Klassenfronten verschärfen sich zusehends. Ausländische Patrioten werden direkt an die faschistischen Henker in ihrer Heimat ausgeliefert. Hunderte palästinensischer Patrioten sind in letzter Zeit in die KZs Israel und Jordanien abgeschoben worden. Fortschrittliche Ausländerorganisationen wie GUPS (Generalunion palästinensischer Studenten) und GUPA (Generalunion palästinensischer Arbeiter) hat man einfach verboten, sie sollen brutal zerschlagen werden.

Dagegen haben sich 15 000 auf einer Demonstration in Dortmund unter roten Fahnen zusammengeschlossen. Ihr Kampfruf hieß:

NIEDER MIT DEM REAKTIONÄREN AUSLÄNDERGESETZ!

Inzwischen rollt die Prozeßlawine gegen alle aufrechten antifaschistischen und antiimperialistischen Kämpfer, besonders gegen die Marxisten-Leninisten. Ob es sich nun um den Mahler-Prozeß handelt, das größte Spektakel der Klassenjustiz in der Nachkriegszeit, sind, sie haben das gleiche Ziel wie die Prozeßflut gegen die KPD/ML. Mehrere Prozesse gegen den Parteivorsitzenden Ernst Aust, bei denen ihm einmal sogar lebenslänglich droht, Prozesse gegen Sympathisanten der KPD/ML in Wießloch, oder ob es sich um die Beschlagnah-

sie, ihre faulende und stinkende Herrschaft zu retten. Diesem Treiben der Bourgeoisie und ihrer Staatsbüttel muß Einhalt geboten werden:

WEHRT EUCH, SCHLIESST EUCH ZUSAMMEN!

KAMPF DER FASCHISIERUNG DES WESTDEUTSCHEN STAATSAPPARATES!

SCHLUSS MIT DEM TERROR GEGEN MARXISTEN-LENINISTEN UND ANDERE FORTSCHRITTLICHE MENSCHEN!

HÄNDE WEG VON DER KPD/ML!

Polizeispitzel, Elemente der übelsten Sorte sollten auf der Ausländerdemonstration Vorfälle provozieren, die den Grund für einen Knüppeleinsatz der Polizei abgegeben hätten. Denn wie nachher in der bürgerlichen Presse zu lesen stand, sollten solche Vorfälle nachher dazu dienen, den Verbotsantrag gegen die KPD/ML zu rechtfertigen, der schon vorbereitet im Dortmunder Polizeipräsidium lag.

Gegen diese Angriffe kämpfen wir unter der Losung:

FREIHEIT FÜR DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI!

KAMPF DEN VERBOTSVORBEREITUNGEN GEGEN DIE KPD/ML!

Diese ganzen Vorfälle zeigen: Die endgültige Etablierung des Solidaritätskomitees, gegen die Verschärfung des Terrors durch den Bonner Staat, auf der Grundlage der vom Initiativausschuß nach den Münchner Vorfällen geschaffenen Plattform wird immer dringender. Die Notwendigkeit der Schaffung einer breiten Front für den langfristigen Kampf steht unumstößlich auf der Tagesordnung. In ihm müssen sich alle fortschrittlichen Organisationen zusammenschließen. Mit Gesetzen, Polizeiknüppeln, Prozessen und Verhaftungen dürfen die Statthalter des westdeutschen Imperialismus und ihre Herren von Banken, Kohle, Stahl und Chemie nicht länger dem Marsch des deutschen Volkes zur Zukunft, zum Sozialismus im Wege stehen können.

Darum rufen wir alle Kommunisten und alle fortschrittlichen Menschen und Organisationen auf: Beteiligt euch am Solidaritätskomitee, unterstützt die Genossen, die Organisationen, die der politischen Verfolgung ausgesetzt sind, denen Kerker und Verbot droht!

Kämpft unter den Losungen:

FREIHEIT FÜR MAHLER! FREIHEIT FÜR GUPS UND GUPA!

KAMPF DEM VERBOT FORTSCHRITTLICHER AUSLÄNDER-ORGANISATIONEN!

SCHLUSS MIT DER AUSWEISUNG FORTSCHRITTLICHER AUSLÄNDER!

SCHLUSS MIT DEM TERROR GEGEN MARXISTEN-LENINISTEN UND ANDERE FORTSCHRITTLICHE MENSCHEN!

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Wendet Euch an das

Iniativkomitee zur Bildung eines Solidaritätskomitees

43 Essen 1, Postlagerkarte A 06 43 76

Spenden auf Konto:

...der ob es die Vorbereitung des Verbotsprozesses gegen den Kommunistischen Bund Bremen oder die Prozesse gegen die Gruppe 'Rote Fahne' Bochum

mung von vier Nummern des ROTEN MORGEN handelt; dieser ganze Terror hat nur einen Grund: Mit Gewalt versucht die westdeutsche Monopolbourgeoi-

FREIHEIT FÜR DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI UND IHRE PRESSE!

HÄNDE WEG VON DER KPD/ML!

Wagner, Dorotheenstraße
Sparkasse Essen-Rüttenscheid
Konto-Nr. 58 92 666
Kennwort 'Solidarität'

DIE ROTE FRONT

Stadtteilzeitung der KPD/ML - Westberlin September 1972

Letzten Sonnabend, am 9., fand in Plötzensee eine Gedenkfeier für die Opfer des Faschismus statt. Wir Kommunisten, die wir entschieden gegen den Faschismus kämpfen, nehmen selbstverständlich daran teil.

Wir hatten ein Transparent gemalt mit den Worten Ernst Thälmanns:

ENTWEDER FASCHISMUS ODER KOMMUNISMUS – ENTWEDER SOZIALISMUS ODER UNTERGANG IN DIE BARBAREI!

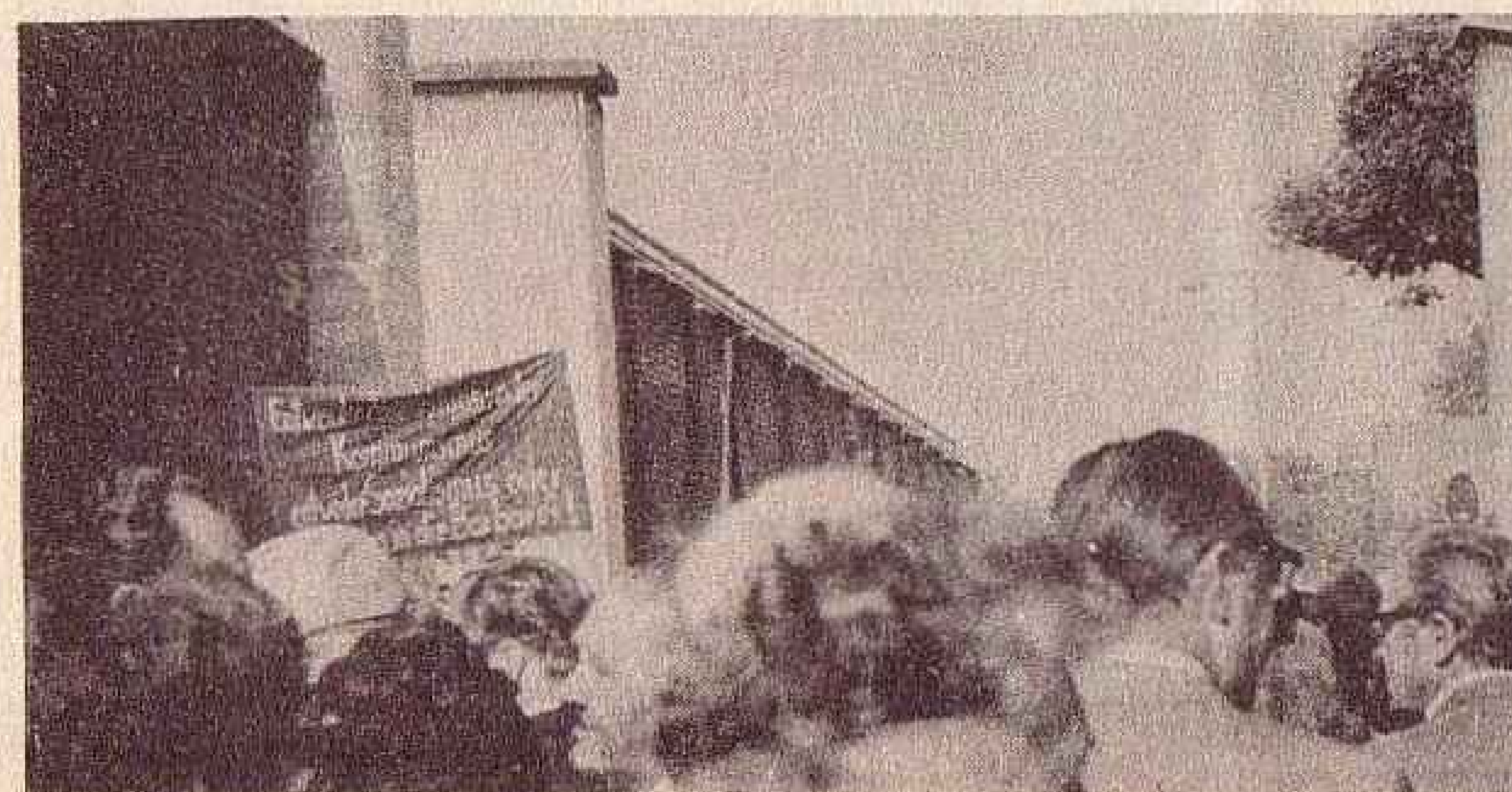
und wir hatten die rote Fahne, das Symbol des Sozialismus und der Freiheit der Völker, dabei. Als wir ankamen, wollten uns 'Ordner' der SEW den Weg zur Feier versperren. Sie wollten keine Kommunisten bei der Feier, wo doch gerade die Kommunisten die ruhmreichsten antifaschistischen Kämpfer waren. Hier zeigt sich erneut, diese Organisation ist nicht für den Sozialismus, für den Kommunismus, sondern gegen ihn. Was sie am meisten störte, war - unsere rote Fahne.

Während der ersten Rede ergriff eine Frau, die offensichtlich den antifaschistischen Kampf miterlebt hat, unsere rote Fahne und hielt sie die ganze Zeit über hoch erhoben. Mit ihrer Haltung beschämte sie die SEW-Funktionäre, die zu feige waren, rote Fahnen dabei zu haben und sich damit rechtfertigen wollten, daß es sich 'nur' um eine Gedenkfeierlichkeit handle.

Aber unter dem Druck der vielen antifaschistischen Kämpfer aus dem In- und Ausland konnten sie mit ihren Machenschaften nicht landen.

Gegen Ende der Feier stimmten wir das Ernst Thälmann-Lied an. Sofort sangen eine ganze Reihe der Kämpfer mit. Und als wir anschließend die Internationale sangen, haben die meisten mitgemacht, auch viele der SEW-Mitglieder, und den toten Antifaschisten den kommunistischen Gruß entboten, die hochgereckte geballte Faust!

Nach der Feier haben wir viele Rote Morgen verkauft und in Gesprächen von den Erfahrungen der antifaschistischen Kämpfer gelernt. Hier wurde wieder deutlich: unsere toten antifaschistischen Kämpfer ehren, heißt in ihre Fußstapfen treten und für ein schöneres Leben, für den Sozialismus kämpfen.



Bericht über einen verhafteten Genossen

Der Genosse ist ein Jungarbeiter. Vor einem Jahr starb sein Vater. Auch der Vater war Arbeiter; er hatte sein Leben lang geschuftet und war 45 Jahre alt, als er starb. Der Sohn hatte gerade eine Lehre angefangen, als das Leiden seinen Vater ans Bett fesselte. Die Familie verlor ihren Ernährer. Es half nichts, der Sohn mußte ran und seine Lehrstelle aufgeben. Von dem mageren Krankengeld konnte ja kaum der Kranke richtig gepflegt werden. Aber alle aufopferungsvolle Pflege half nichts. Der Vater starb. Jetzt erhält die Mutter ganze 140,- DM Rente! Für den Sohn ist der Traum einer Ausbildung endgültig vorbei. Er muß jetzt seine Mutter mit-ernähren.

Am 2.September fährt er nach München, um gegen die Profit- und Notstandsolympiade zu demonstrieren. Beim Zusammenstoß mit der Polizei am Karlstor bekommt er einen Ellenbogen ins Gesicht. Der Genosse bekommt starkes Nasenbluten und er schert unvorsichtigerweise aus seiner Reihe aus. Kaum steht er am Rande der Demonstration und versucht sein Blut abzuwischen, als ihn schon zwei Popo's packen. (Popo-politische Polizei in Zivil). Im ersten Moment denkt er, die beiden Männer wollen ihm helfen. Aber diese zerren ihn in einen Hauseingang. Sie schreien ihn an: 'Wo kommst du her ?'. Er: 'Lassen sie mich los! Ich will einen Rechtsanwalt'. Dann sausen Schläge auf ihn nieder: mit dem Knüppel eins über den Kopf, mit der Faust in den Magen.

Bei den Vernehmungen im Polizeipräsidium arbeitet das hinterlistige feige Pack mit allen Tricks und Schlichen. Bei den erkennungsdienstlichen Maßnahmen wird er darauf hingewiesen, daß er sich nicht weigern darf - die einzige 'Rechtsbelehrung', die er je erhält. Nach Foto und Fingerabdrücken sagt ein Bulle: 'So, und jetzt brauchen wir noch eine Schriftprobe. Schreiben Sie mal... (scheinbar denkt er angestrengt nach).. 'Ich habe an der Demonstration teilgenommen' in ihrer Handschrift.'

Er erhält einen Haftbefehl und kommt in U-Haft. Nach 10 Tagen wird das erstemal ein Rechtsanwalt zu ihm gelassen. Diejenigen, die ihn besuchen wollen, werden angefahren: 'Der kriegt überhaupt keinen Besuch-und von Politischen schon garnicht.' Nur seine Mutter darf noch zu ihm.

Nach 17 Tagen Haft wird er schließlich entlassen. Aber die Polizeiunterdrückung hört nicht auf: er muß zu seiner Mutter ziehen, obwohl es in dem Ort kaum Arbeit für ihn geben wird. Und einmal in der Woche muß er sich bei der Polizei melden.

Seine Arbeitsstelle hat er natürlich verloren.

Leser des ROTEN MORGEN, Genossen: Unterstützt diesen Genossen! Schickt Solidaritätsbriefe, Geld-und Sachspenden an die untenstehende Adresse des Solidaritätskomitees. Macht diesen und die anderen Fälle der politischen Verfolgung überall bei Kollegen, Freunden und Verwandten bekannt und fordert sie ebenfalls auf, zu spenden. **An diesem 'Schicksal' eines revolutionären jungen Arbeiters muß deutlich werden: Einzeln können sie keinen von uns fertig machen. Die Solidarität der Arbeiterklasse ist stärker! Gemeinsam werden wir siegen!**

Bericht aus Rendsburg bei Kiel

Panzer auf der NORLA

„Auf der NORLA 72 ist das Militär stärker denn je vertreten: Neben Schrotmühlen, Melkmaschinen und anderem landwirtschaftlichem Gerät — plötzlich Flakgeschütze und Panzer. Ja, ‚unsere' Bundeswehr ist wieder vornweg! Die Bundesrepublik hat wieder die stärkste deutsche Armee seit Hitler, die drittgrößte Militärmaschinerie der Welt."

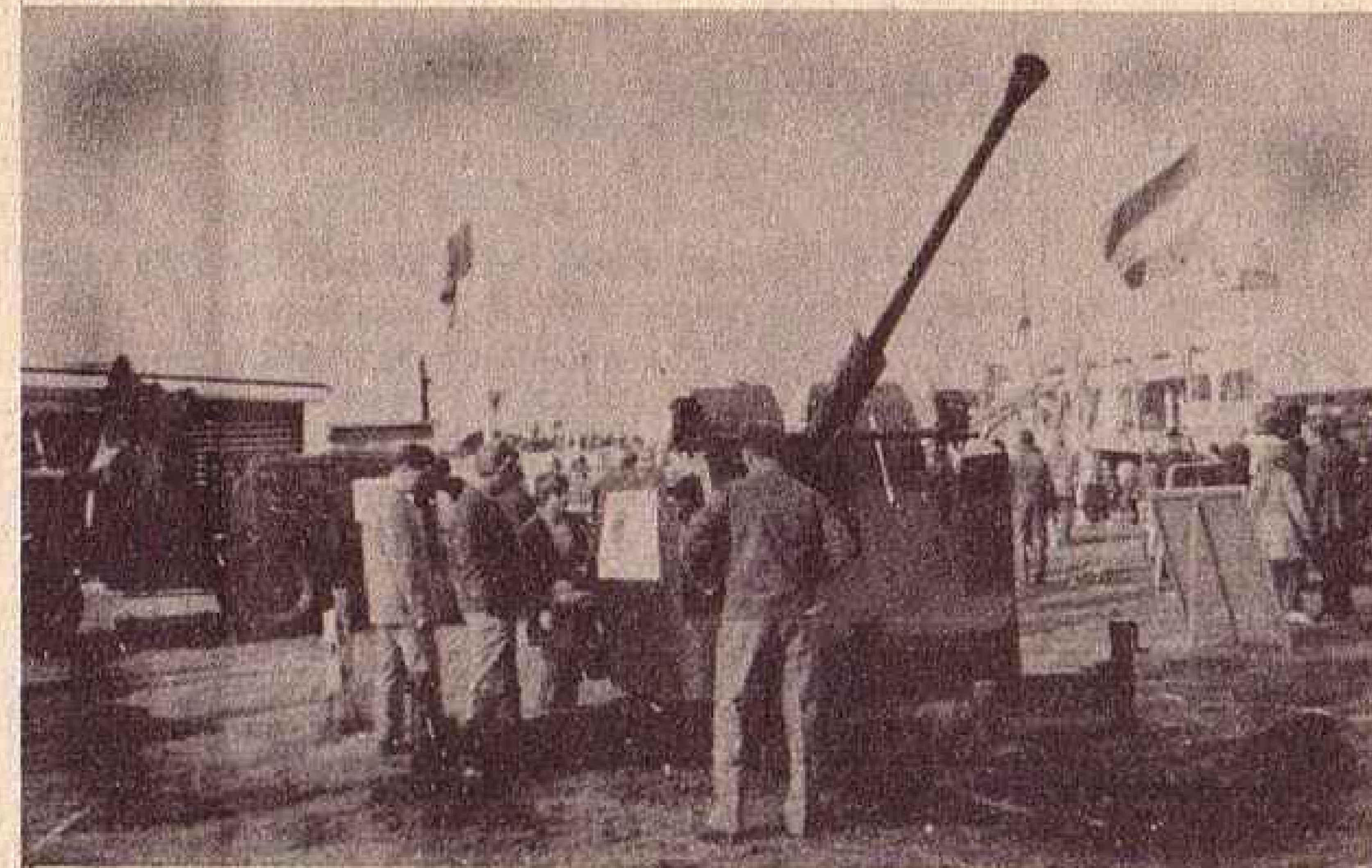
So begann ein Flugblatt, das wir am letzten Tag der Norddeutschen Landwirtschaftsschau (NORLA) in Rendsburg an die überwiegend bäuerlichen Besucher verteilten, um so auch unter den Bauern den antimilitaristischen Kampf zu propagieren.

In dem Flugblatt zeigten wir auf, warum das Militär gerade auf der NORLA vertreten war, wo doch den Bauern die Bundeswehr hauptsächlich aus Manövern in Erinnerung ist: zerstörte Äcker, niedergewalztes Korn ... und harte, ewige Kämpfe um Entschädigungen.

Wir zeigten, daß die rapide Militarisierung, die Massenrekrutierung nach den neuen ‚Wehrgesetzen', auch vor den Bauern nicht haltmacht. Mit Panzern auf der NORLA sollten zusätzlich Bauernsöhne für die Bundeswehr der Militaristen gewonnen werden. Auch unter den älteren Bauern hoffen die Offiziere anwerben zu können. Denn: Viele Bauern sehen im Bund die einzige Möglichkeit, dem hoffnungslosen Kampf gegen die Ruinierung ihrer Landwirtschaften zu entkommen. Heute müssen ja bereits schon 225 kleinere und mittlere Bauern täglich aufgeben. Sie können der erbarmungslosen Konkurrenz der Großbauern und Agrarkapitalisten, die in jeder Weise durch Staat und EWG unterstützt werden, nicht mehr standhalten. Von den 1,2 Millionen noch vorhandenen Betrieben sollen bis 1980 nur noch 400 000 überleben. Was dabei mit dem Bauern geschieht, interessiert natürlich den Staat der Kapitalisten nicht.

Arbeiter und Bauern kämpfen gemeinsam

Im Flugblatt und in Gesprächen mit den Bauern auf der NORLA zeigten wir auch, wie unter den Arbeitern, unter der Jugend, in der Bundeswehr und in den Schulen der antimilitaristische Kampf begonnen hat. Wir berichteten auch von den Bauern in Merkendorf (Mittelfranken), die hohe NATO-Offiziere von den zerwühlten Äckern jagten. Oder vom Kampf der Göppinger Bevölkerung gemeinsam mit den umliegenden Bauern gegen die Zerstörung des Stauferwaldes durch die US-Besatzertruppen. Zum Schluß zeigten wir auf, daß diejenigen, die sich am konsequentesten für die Arbeiter, Bauern und Werktätigen einsetzen wollen, als Kommunisten in der KPD/ML sich organisieren und kämpfen müssen. Wir forderten die Bauern auf, den ROTEN MORGEN zu lesen und die Veranstaltung der Partei in Rendsburg zu besuchen.



Bonner Agrarpolitik: Bauern vom Hof treiben und für die Armee werben

Das Verhalten der Bauern auf unser Flugblatt entlarvte die Lügen der Bourgeoisie und ihrer Agenten, die Bauern seien rückständig und reaktionär. Es waren verhältnismäßig wenige Bauern, die ablehnend reagierten — und diese sahen auch recht wohlsituiert aus. Die meisten Bauern aber (Klein- und Mittelbauern) nahmen das Flugblatt interessiert, lasen die Überschriften, falteten es sorgfältig zusammen mit der Bemerkung: „Dat lees wi to hus" (Das lesen wir zu Hause). Viele stimmten zu, daß Panzer nichts auf der NORLA zu suchen haben und waren zum Teil sogar allgemein gegen die Bundeswehr eingestellt.

Auch trafen wir Bauern, d[ie] meinten, daß es mit „unserer D[e]mokratie" nicht hinhaue und d[ie] schon einmal das Kommunistisc[he] Manifest oder andere marxistisc[h-]leninistische Literatur gelesen h[at]ten.
Bereits nach 2 Stunden hatten w[ir] 1500 Flugblätter verteilt und me[h]rere Sondernummern des ROTE[N] MORGEN verkauft.

Da weit mehr Bauern ein Flu[g]blatt nahmen als wir angenomm[en] hatten, waren viel zu wenige Flu[g]blätter vorhanden. Außerdem ha[t]ten wir die Aktion zu spät, er[st] am letzten Tag der NORLA, b[e]gonnen. Beide Fehler zeigten, da[ß] wir noch nicht genügend Vertrau[en] in die Volksmassen, besonders hi[er] die Bauern, besitzen. Die NORL[A] hat uns gezeigt, daß die Wor[te] Enver Hoxha's auf dem sechste[n] Parteitag der Partei der Arbeit A[l]baniens für uns sehr wichtig sind:

„Die Leninische These, daß nu[r] das Bündnis der Arbeiterklasse m[it] der Bauernschaft jene soziale Kra[ft] ist, welche imstande ist, die Bou[r]geoisie zu stürzen und den Sozi[a]lismus aufzubauen, gilt auch heu[te] voll und ganz". (Rede vor de[m] VI. Parteitag).

ES LEBE DAS REVOLUTIONÄRE BÜNDNIS DER ARBEITER UND WERKTÄTIGEN BAUERN!

Bürgerkriegsvorbereitungen der Bourgeoisie

Rande des Ruhrgebiets End[e] Oktober eine große Mobilma[]chungsübung statt! Wie bereit[s]

Bis 30. April soll die „Spezialeinheit des Bundesgrenzschutzes für besonders polizeiliche Aufgaben" aufgestellt sein. Diese neue Bundespolizei soll angeblich zur „Terroristenbekämpfung" eingesetzt werden. Aber wie wir im ROTEN MORGEN Nr. 20 schrieben, handelt es sich bei dieser ‚Elitetruppe' um nichts anderes als: — die neue Bonner SS.

Als nächste Ausbaustufe sollen Teileinheiten in den ‚Ballungsgebieten' geschaffen werden. In Bayern sollen bis Ende des Jahres bereits 2 Hundertschaften zur „Terroristenbekämpfung" stehen.

Weitere Bundesgrenzschutz-Einheiten wurden bereits — von der Grenze weg — in ‚Ballungsgebiete' verlagert. Was sind ‚Ballungsgebiete'? — Das sind die Zentren des Klassenkampfes, Ballungsgebiete der Arbeiterklasse wie das Ruhrgebiet oder Rhein-Main-Gebiet. So wundert es auch nicht, daß zum gleichen Zeitpunkt, wo die Kumpels im Pott einer immer ungewisseren Zukunft entgegensehen, wo die Streikbewegung sich an der Ruhr entfaltet, in Nordrhein-Westfalen Polizeiwerbung wie noch nie getrieben wird. Ständig wird in Schulfunksendungen für den Polizeidienst geworben.

Polizeiminister Weyer schickte 179 Polizisten als „Einstellungsberater" durchs Land. Stolz verkündet er: nach kurzer Zeit hätten allein 22 hauptamtliche Werber 464 Bewerbungen eingetrieben. Was für Typen bei der zunehmenden Hetzpropaganda gegen ‚politische Gewalttäter' und der Verfolgung und Kriminalisierung von Kommunisten und aufrechten Demokraten geworben werden, kann man sich vorstellen. Ferner will Weyer auch für das Ruhrgebiet eine ‚Freiwillige Polizeireserve' aufbauen. Nach Feierabend sollen, wie bereits in Westberlin praktiziert, leitende Angestellte und Kapitalisten-Knechte aus Betrieben und Behörden für Polizeiaufgaben herangezogen werden.

Klaus Dieter **Schlicht,** Bundesvorstandsmitglied der Gewerkschaft der Polizei, sieht in dieser „Freizeit-Polizei" eine Konkurrenz für die hauptberuflichen Polizisten. Er ist gegen diese „Reservisten" und deutete etwas von ihren Aufgaben an. Schlicht erklärte der Frankfurter Rundschau:

„Weyer gehe mit seiner Polizeireserve . . . von Vostellungen aus, die allenfalls unter dem Regime des Dritten Reiches möglich gewesen seien, nicht jedoch in einem demokratischen Staatswesen, weil damit zu viele Anklänge an Faustrecht und Selbstjustiz verbunden seien." (FR, 25. Aug.)

Schlicht sagte der FR weiter:

„Weyer hat den Plan, eine Polizeireserve aus Freiwilligen aufzubauen, damit begründet, diese Hilfspolizisten könnten die Polizei von Routineaufgaben wie A b s p e r r u n g e n v o n V e r a n s t a l t u n g e n oder den Fahrern von Streifenwagen entlasten."

Absperrungen von Veranstaltungen — hier gibt selbst ein Gewerkschaftsbonze der Polizei zu, wofür die Polizeireserve speziell eingesetzt werden soll: als zusätzliche Bürgerkriegstruppe!

In Westberlin, wo eine solche ‚freiwillige Polizeireserve' seit Jahren besteht, werden bereits regelmäßig „Objektschutz-Übungen" abgehalten. Die ‚Objekte' sind die Fabriken der Herren von Siemens und AEG. ‚Geschützt' werden sollen diese Objekte vor streikenden Arbeitern, vor der Besetzung der Betriebe, schließlich vor der gewaltsamen Besitzergreifung der Fabriken durch die Arbeiterklasse.

Während es bei Krupp, Opel, Hoesch und in vielen anderen Betrieben des Ruhrgebietes weiterbrodelt, während weitere Streiks ausbrechen, findet am unter Ex-Kriegsminister Schmid geplant, sollen bei dieser Übung private LKW's und PKW's eingesetzt werden. Nach dem Einsatz des Bundesgrenzschutzes zur Auflösung der Antikriegsdemonstration am 3. September in München ist dies eine weitere Erprobung der verschärften Notstandsgesetze.

Die Bürgerkriegsvorbereitungen der Bourgeoisie laufen. Die Arbeiter des Ruhrgebiets, die gesamte Arbeiterklasse darf da nicht ruhig zusehen. Die beginnende Streikbewegung muß weiter mit aller Kraft entfaltet werden. Zeigen wir auch den Kollegen in den Betrieben, wie sich die Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse rüstet. Zeigen wir den Kollegen, wie sie die blutige Niederschlagung der Arbeiterbewegung plant. Zeigen wir den Kollegen, daß dieser Staat der kapitalistischen Gewaltherrschaft nur durch die revolutionäre Gewalt der Massen gestürzt werden kann.

Tragen wir heute in die Streikkämpfe schon die Forderungen:

ENTWAFFNUNG DES WERKSCHUTZES!

AUFLÖSUNG DES BUNDESGRENZSCHUTZES, DER POLIZEIRESERVE UND DER BONNER SS!

SPD-Minister und ehemaliger Gewerkschaftsführer (Leber) hinter Maschinengewehren, die gegen die Arbeiterklasse gerichtet sind!



Kontaktadresse: